

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redakteur und Chefredakteur:
Griß Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Karl Dietz 4126-4127



Stellen für Druck und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Zehn-Minuten-Post
Druckerei: Expedition

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung gestattet. Abdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung gestattet. Abdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.

Berlin, den 23. September 1937

In. Ins. Inst.
Soz. Geschichtsinst.
Amsterdam

Die verfolgte Unschuld.

SPD. Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlen gegeben. Sie hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heisst, dass sich die Mordtaten bewaffneter Marxisten gegen wehrlose Nationalsozialisten erschreckend häufen, ohne dass Sühne erfolgt.

Die nationalsozialistischen Terroristen spielen die Rolle der verfolgten Unschuld, die unter dem Mordterror der Kommunisten leidet. Das dreiste verlogene Telegramm der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion entspricht durchaus der Mache des "Völkischen Beobachters", der täglich an der Spitze des Blattes mit Trauerrand und roter Schlagzeile in aufrufähnlicher Form eine Darstellung gibt, die "Die Opfer des roten Mordterrors" überschrieben ist. Derartige Aufzählungen aber findet man auch in der kommunistischen Presse! Die Nationalsozialisten verfolgen die Kommunisten und die Kommunisten die Nationalsozialisten. Diese gegenseitige Mordhetze ist System, sie ist gewollt als Ertüchtigung zum Bürgerkrieg. Die Nationalsozialisten, die die verfolgte Unschuld spielen, verschweigen, dass ebensoviele Opfer des nationalsozialistischen Mordterrors fallen wie Opfer des kommunistischen Terrors. Sie verschweigen, dass die Pistole, das Messer, der Schlagring und der Gummiknüppel bei ihnen dieselbe Rolle spielen wie bei den Kommunisten.

Und nicht nur das! Das Reichsbanner wird von den Nationalsozialisten mit terroristischen Methoden verfolgt. Heimtückische bewaffnete Ueberfälle der nationalsozialistischen Rowdybanden auf das Reichsbanner sind ausserordentlich häufig. Herr Frick, der das verlogene Telegramm unterzeichnet hat, sollte seine Partei zunächst verantworten für den gemeinen Mord, den nationalsozialistische Burschen in der letzten Sylvesternacht an zwei Sozialdemokraten in der Hufelandstrasse in Berlin verübten. Nationalsozialistische Mörder sind damals in die Wohnung eines Sozialdemokraten eingedrungen und haben den Sohn inmitten seiner Familienangehörigen ermordet. Das ist die verfolgte Unschuld!

Das Telegramm ist ausgerechnet am Vortag des Abschlusses des Prozesses gegen die nationalsozialistischen Pogromisten vom Kurfürstendamm in Berlin erlassen worden. Es ist ein ganz offenkundiger Versuch, durch einen Höhepunkt der Dreistigkeit abzulenken von dieser Schande der Nationalsozialistischen Partei! Die Strafen, die gegen die Pogromisten ausgeworfen worden sind, wie die Begründung des Urteils zeigen eindeutig das Terrortreiben nationalsozialistischer Führer, sie enthüllen den pogromistischen Charakter der SA, der Bürgerkriegsorganisation der Nationalsozialisten. Dies pogromistische Treiben auf dem Kurfürstendamm in Berlin hat Deutschland im Auslande sehr schwer geschadet. Die Nationalsozialistische Partei trägt dafür die volle Verantwortung.

Es ist der Geist der Mordhetze und des Terrors, der die sogenannte SA der Nationalsozialisten erfüllt. Dieser Geist wird systematisch in den unreifen jungen Burschen gezüchtet, die sich der Nationalsozialistischen Partei anschliessen. Sie werden zu Schlägergruppen zusammengefasst und kaserniert, sie

werden auf den Mann dressiert. Die Pistole, der Gummiknüppel, der Schlagring und das Messer sind die einzigen politischen Instrumente, die sie zu handhaben wissen.

Die verfolgte Unschuld entlarvt sich selbst durch den Schlusssatz des Telegramms an den Reichskanzler Brüning, in dem es heisst, dass die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen werden sollen. Das ist nichts anderes als die Wiederaufwärmung des Hitlerschen Wortes: Es werden Köpfe rollen! Die unreifen jungen Burschen, die für die Nationalsozialisten als Terrorbanden die Strassen der deutschen Städte unsicher machen, werden nach ihrer ganzen politischen Erziehung in diesem Schlusssatz nichts anderes erblicken als eine unverhohlene Aufforderung, die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung zu "killen".

Wer derartige Drohungen ausstösst, der hat kein Recht, sich als die verfolgte Unschuld aufzuspielen. Wer wie Herr Hitler vom Köpferrollen redet, dem steht es schlecht an, der Regierung gegenüber Klage zu führen, dass seine Partei unter Terror leidet. Die verfolgte Unschuld ist eine verlogene Unschuld.

SPD. Wien, 23. September (Eig. Drahtb.)

Auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress erstattete Dr. Renner am Mittwoch ein Referat über die wirtschaftliche und soziale Lage Österreichs, in dem er darauf verwies, dass zu derselben Stunde, in der die Sozialdemokratie ihr Wirtschaftsprogramm veröffentlicht und einen Ausweg aus der schwierigen Lage gezeigt habe, die Heimwehren einen Putsch veranstaltet hätten. Das sei das Dilemma, vor dem die Welt stehe: entweder die Lösung nach dem sozialdemokratischen Programm oder die Zerstörung der Wirtschaft durch die Putschisten.

Der bisherige Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Anton Hueber, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter seine Wiederwahl abgelehnt hat, wurde zum Ehrenvorsitzenden des Gewerkschaftsbundes gewählt. Zugleich wird eine Hueber-Stiftung von 20 000 Schilling (12 000 Mark) gegründet werden.

SPD. Das Reichskabinett tritt am Donnerstag-Vormittag wieder zu einer Kabinettsitzung zusammen. Die Tagesordnung, deren Beratung mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte, umfasst 32 Punkte. Das Ergebnis der Beratungen soll in einer Notverordnung zusammengefasst werden.

SPD. Genf, 23. September (Eig. Drahtb.)

Die für Mittwoch-Abend angesetzte öffentliche Ratssitzung, die sich mit dem Konflikt in der Mandchurei befassen sollte, wurde plötzlich abgesagt. Der Rat trat zu einer Geheimsitzung zusammen.

Amerika, das durch seinen Gesandten in Belgien, Wilson, an den Beratungen des Rates teilnimmt, hat sich bisher geweigert, auf Japan ebenfalls einen Druck auszuüben bzw. sich an der Entsendung einer Militärkommission in die Mandchurei zu beteiligen. China beabsichtigt deshalb, nunmehr den Rat auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundspaktes anzurufen. Der Rat könnte auf Grund dieses Artikels eine viel schärfere Entscheidung als bisher treffen.

Der Vertreter Japans erklärte auf die Frage, ob er Instruktionen seiner Regierung habe, man habe ihn davon unterrichtet, dass Japan keinen Krieg wolle, aber aus Sicherheitsgründen gezwungen sei, weitere Besetzungen vorzunehmen.

SPD. Hamburg, 23. September (Eig. Dr.)

Die Redaktion des "Hamburger Echo" ist in den Besitz eines Rundschreibens des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs gelangt, aus dem sich ergibt, dass die KPD industrielle Firmen in aller Form gebeten hat, sich "durch finanzielle Zuwendungen erkenntlich zu zeigen". Das Rundschreiben an die Hamburger Eisenindustriellen hat folgenden Wortlaut :

"Hamburg, 19. September 1931.

An die

Mitglieder des Verbandes der Eisenindustrie

H a m b u r g .

Nachdem wir von verschiedenen Seiten Mitteilungen erhalten haben über den Versuch der Kommunistischen Partei, für Inserate unserer Mitgliedsfirmen in der kommunistischen Presse zu werben, halten wir es für notwendig, unsere Mitgliedsfirmen auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen. Der letzte uns gemeldete Vorfall, der uns für das Vorgehen der Abgesandten der Kommunistischen Partei typisch erscheint, wird uns von der betreffenden Mitgliedsfirma folgendermaßen geschildert :

"Wir erhielten heute von zwei Vertretern der Kommunistischen Parteizentrale Hamburg mit Namen Schröder und Koch (in einem anderen uns gemeldeten Fall wird der Name Schmidt genannt) einen Besuch, in dem sie um eine persönliche Unterredung mit unserem Herrn Direktor R. ersuchten. Die Aussprache war interessant genug, um Ihnen gemeldet zu werden.

Die Besucher verwiesen auf unsere belangreichen Russenaufträge und glaubten daraus den Anspruch herleiten zu dürfen, dass die Firma sich durch Zuwendungen an die kommunistische Parteizentrale erkenntlich zeige. Als dies rundweg abgelehnt wurde, lenkte man ein und bat um eine Unterstützung für die notleidenden Parteigenossen, die durch die Reichsnothilfe nicht erfasst würden. Als sie auch damit kein Glück hatten, baten sie um einen Anzeigenauftrag für ihre Parteihaltung und verwiesen auf die namhaften Unterstützungen, die ihnen aus Industriekreisen, besonders auch von der Vomag in Plauen, zugeflossen seien.

Aber auch hier am Ort würden sie von industrieller Seite unterstützt. Als Herr R. um Namhaftmachung der betreffenden Firmen bat, bedauerten sie, die Firmen aus bestimmten Gründen nicht nennen zu dürfen."

Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs bemerkt zu diesem Brief der betreffenden Mitgliedsfirma, dass er es für erforderlich halte, seine Mitgliedsfirmen über diese Vorgänge zu unterrichten. Das Rundschreiben ist unterzeichnet: "Verband der Eisenindustrie Hamburg. Gez. Dr. Nietzsche."

Dieses Dokument verbürgt den unwiderlegbaren Beweis für die schändliche Verräterrolle der KPD, die bei Industriellen um Gelder schnorrt.

SPD. Braunschweig, 23. Sept. (Eig. Dr.)

Der Nazi-Minister Klagges reiht trotz seiner kurzen Amtstätigkeit bereits eine Provokation an die andere. Am letzten Sonntag konnte in der Stadt Braunschweig der Aufmarsch der SA stattfinden, nachdem das Demonstrationsverbot für den Aufmarsch aufgehoben wurde. Für den Montag war ein Werbeumzug der Reichsbannerjugend genehmigt, der allerdings eine Stunde vor Beginn wegen "Gefährdung der Ordnung und Sicherheit" wieder verboten wurde. Für Dienstag hat Minister Klagges jedoch einen Stahlhelmmumzug wieder genehmigt.

In Braunschweig dürfen sich also Republikaner nicht mehr auf den Straßen zeigen.

SPD. Genf, 23. September (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des Völkerbundsrates hat an die Regierungen von China und Japan ein Telegramm gerichtet, das folgendermassen schliesst :

"Ich habe die feste Ueberzeugung, dass, entsprechend dem Appell des Rates Ihre Regierung alle Massnahmen ergreifen wird, damit keine Handlung begangen werden kann, welche die Situation verschärfen oder die friedliche Regelung der Streitfrage präjudizieren könnte. Andererseits werde ich die vorgesehenen Verhandlungen mit den hiesigen Vertretern von Japan und China über die Ausführung des zweiten Punktes der Ratsentscheidung beginnen. Für diese Beratungen habe ich mich der Mitarbeit der Vertreter von Deutschland, England, Frankreich und Italien versichert. Die Mitteilung an die Regierung der Vereinigten Staaten ist am Dienstag erfolgt."

Der Mittwoch-Vormittagsitzung des Rates lagen wiederum Meldungen aus Nanking vor, nach denen die Besetzung der Mandschurei durch japanische Truppen fortgesetzt wird.

SPD. Paris, 23. September (Eig. Drahtb.)

Die Aufwärtsbewegung der Kurse an der Pariser Börse hat sich auch am Mittwoch in verstärktem Masse fortgesetzt. Sie nielt bis zum Schluss der Börse an, sodass die meisten Werte, vor allem die französischen Industrie-Aktien, die am Montag erlittenen Kurseinbussen wieder wett machen konnten. Auch die internationalen Werte zogen an, nur einige Goldminen und Gummiwerte zeigten am Schluss uneteteige Haltung. Am Devisenmarkt war die Stimmung ruhig. Das Pfund setzte mit 104½ ein und schloss mit 104.

SPD. Wien, 23. September (Eig. Drahtb.)

Die Nationalbank hat am Mittwoch die Banken verständigt, dass Devisen und Valuten nur dann unbegrenzt zugeteilt werden, wenn der Nachweis erbracht ist, dass das Geld zur Bezahlung von Rechnungen, zur Deckung von Reisespesen oder sonstigen dringenden Zahlungen benötigt wird.

SPD. Am Mittwoch fand im Preussischen Ministerium des Innern eine Konferenz der Preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten statt, an der auch Vertreter der anderen preussischen Ressorts teilnahmen. Die Konferenz, die der Preussische Minister des Innern Severing leitete, wurde von ihm mit einer längeren Aussprache eröffnet. Der Minister führte ungefähr folgendes aus: "Die nächsten Monate werden zwei Probleme in den Vordergrund für Deutschland und vor allem für die preussische Verwaltung stellen. Wie können wir die wachsende Verhetzung durch die radikalen Parteien eindämmen? Wie setzen wir Gemeinden und Staat in den Stand, ihre Aufgaben angesichts der schwierigen finanziellen Lage zu meistern? Diese beiden Fragen stehen im engen Zusammenhang; denn die schwierige wirtschaftliche Lage gibt der Agitation der radikaler Flügelparteien immer wieder neuen Auftrieb und verschafft ihnen Zulauf. Schon im Herbst vorigen Jahres war es zu erkennen, dass neben der allgemeinen Erhöhung der Arbeitslosenzahl vor allem die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen stärker ansteigen würde. Die Preussische Staatsregierung, vor allem das Preussische Ministerium des Innern, ist deshalb wiederholt rechtzeitig bei der Reichsregierung vorstellig geworden, um die daraus für die Gemeinden sich ergebenden schweren finanziellen Folgen zu mildern. Die Reichsregierung hat die Berechtigung unserer Wünsche dem Grundsatz nach anerkannt. Sowohl der Reichskanzler wie der Reichsfinanzminister erklärten, dass garnicht daran zu denken sei, dass

auch nur der grössere Teil des gemeindlichen Defizits - für Preussen im Betrage von rund 500 Millionen Mark - vom Reich übernommen würde. Nur eine Hilfe bei dem Tragen der Kosten für die Wohlfahrtserwerbslosen wurde vom Reich zugesagt, aber auch diese Zusage an die strenge Bedingung geknüpft, dass Staat und Gemeinden rücksichtslos ihre Ausgaben auf ein Mindestmass herabschraubten. Deshalb musste das Innenministerium den Gemeinden immer wieder allergrösste Sparsamkeit zur unabweisbaren Pflicht machen. Alle Gemeinden, Staat und Reich haben sich, durch die Scheinblüte der Jahre 1926/28 getäuscht, in ihren Ausgaben übernommen, es muss deshalb in diesen Jahren der Not ein wenn auch schmerzlicher Abbau auf vielen Gebieten vorgenommen werden.

Die vielfache Kritik, die gerade aus Beamtenkreisen an der preussischen Notverordnung in ihren Einzelheiten geübt wurde, übersieht die Tatsache, dass eine allgemeine Herabsetzung der Beamtgehälter einen neuen Abbau der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft eingeleitet hätte, der in seinen Auswirkungen dann wieder zu einem weiteren Gehaltsabbau für die Beamten geführt hätte. Um dieses zu vermeiden, hat die Preussische Staatsregierung den Weg des kleineren Übels gewählt und bei den einzelnen Kategorien Einsparungen vorgenommen. Die Preussische Staatsregierung hatte sich einer Zwangslage befunden, der sich selbst ein rein aus Berufsbeamten zusammengesetztes Kabinett nicht hätte entziehen können. Bei dieser allgemeinen Einsparung konnte natürlich nicht an den Kommunen vorbeigegangen werden. Es ist eine falsche, wenn auch leider weit verbreitete Auffassung, dass die Gemeinden besonders verschwenderisch gewirtschaftet hätten. Die Preussische Staatsregierung hat sich durch diese falsche, in der Öffentlichkeit bestehende Meinung, die durch einen wahren Feldzug der Wirtschaft gegen führende kommunale Beamte genährt wurde, nicht beeinflussen lassen. Aber wir müssen auch offen zugeben, dass hie und da bei der Besoldung leitender Kommunalbeamter das richtige Mass nicht innegehalten worden ist. Eine Neuregelung war also in dieser Notzeit unvermeidlich.

Die radikalen politischen Flügelparteien versuchen natürlich, aus den Sparmassnahmen der Preussischen Staatsregierung Kapital zu schlagen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage fördert dieses Treiben und führt ihnen trotz der festzustellenden Apathie in den Massen der Wähler, die sich auch beim Volksentscheid gezeigt hat, neue Anhänger zu. Trotzdem ist alles Gerede von bevorstehenden Putschen und gewaltaamen Erhebungen grundlos. Ein offener Putsch würde durch die Machtmittel des Staates sofort niedergeschlagen werden. Aber die dauernden Drohungen, die täglichen Zusammenstösse, schaffen eine Beunruhigung der Öffentlichkeit, die gerade in den kommenden Monaten zu einer schweren Schädigung werden kann. Dieses schwelende, glimmende Feuer, das nie zu offener Flamme emporschlägt, schadet auch dem Ansehen und dem Kredit Deutschlands mehr als alles andere. Deshalb ist es Pflicht der leitenden politischen Beamten, in den Provinzen, Bezirken und Kreisen der Meinung entgegenzutreten, als ob wir kurz vor dem Augenblick stünden, in dem die eine oder andere radikale Partei vor der Uebernahme der Macht im Staate stande. Wir müssen mit allen Kräften beweisen, dass die Staatsgewalt unversehrt vorhanden und bereit ist. Wir müssen auch nachdrücklich dem übertriebenen Pessimismus entgentreten, dass der kommende Winter das deutsche Volk in eine Katastrophe führen wird. Ein 60-Millionenvolk kann nicht zugrunde gehen, kann nicht verhungern, muss in Ordnung verwaltet und regiert werden."

Im Anschluss an die Rede des Ministers wurden aktuelle Fragen erörtert.

SPD. Wie stark das Uebel der Steuerhinterziehungen ist, beweist eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums an den Reichstag, die über die Buch- und Betriebsprüfungen im Jahre 1930 Auskunft gibt. In nicht mehr als 57 693 Fällen mussten mehr Steuern festgesetzt werden. Es handelt sich hier nicht nur um Steuerhinterziehungen. Vielfach ergeben sich, wie das Reichsfinanzministerium bemerkt, abweichende Ansichten in der Bewertung. Auch sind die Buch- und Betriebsprüfungen öfter zugunsten der Steuerpflichtigen verlaufen.

Im einzelnen ergibt sich aus der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums folgendes: Insgesamt sind im Jahre 1930 aufgrund der Buch- und Betriebsprüfungen rund 135 Millionen Mark an Reichssteuern und 31 Millionen Mark an Landessteuern mehr festgesetzt worden. Die Geldstrafen betragen insgesamt 3 700 000 Mark. Der grösste Teil der Mehrsteuern entfällt auf die Körperschaftssteuer, bei der allein 78 Millionen Mark mehr festgesetzt wurden. Dann folgt die Einkommensteuer mit 62 Millionen. Bei der Vermögenssteuer sind es 12 Millionen, bei der Umsatzsteuer 11 Millionen Mark. Die festgesetzten Geldstrafen in Höhe von 3 Millionen Mark entfallen fast ausschliesslich auf die Einkommensteuer. Die meisten Fälle, in denen höhere Steuern festgesetzt werden mussten, nämlich 6 200 Fälle, sind im Landesfinanzamt Bezirk Berlin zu verzeichnen. Dann folgen Breslau mit 5 200 Fällen, Magdeburg mit 4 200, Düsseldorf mit 3 500, Hannover mit ebenfalls rund 3 500 Fällen und Stettin mit 2 900 Fällen. In der Höhe der festgesetzten Mehrsteuern marschiert gleichfalls Berlin an der Spitze mit rund 37 Millionen. Dann folgen Düsseldorf mit fast 30 Millionen, Münster mit 15 Millionen, Leipzig mit 12 Millionen und Köln mit 11 Millionen. Bei den Landessteuern steht der Landesfinanzamtsbezirk Köln an der Spitze mit 4½ Millionen Mark Mehrsteuern. Dann folgen Berlin mit 4,2 Millionen, Stuttgart mit 2,2 Millionen und Karlsruhe mit 2,1 Millionen. Die meisten Geldstrafen wurden im Landesfinanzamtsbezirk Leipzig verhängt, nämlich 679 000 Mark. Dann folgen Unterweser mit 603 000 Mark, Dresden mit 448 000 Mark und Stettin mit 256 000 Mark.

SPD. Tokio, 23. September (Eig. Drahtb.)

Der japanische Kriegsminister äusserte zu der Aufforderung des Völkerbundes, die japanischen Truppen diesseits der Zone der südmandschurischen Eisenbahn zurückzuziehen, dass Japan bereit sei, dies zu tun, "sobald die Umstände es erlauben". Der Minister fügte hinzu, dass Japan das Recht habe, 16 500 Mann längs der südmandschurischen Eisenbahn zu stationieren, während zurzeit die Zahl der Truppen nur 14 000 betrage.

SPD. Auf dem Stettiner Parteitag der Deutschnationalen hat Hugenberg zum Schluss einer seiner Reden wörtlich folgendes erklärt :

"Keine Hand soll sich zum Schutze dieser Regierung und dieses marxistischen Systems erheben. Es wäre Verblendung, wenn die Regierung wieder, wie Ebert 1919, auf die Opfer der nationalen Jugend rechnet, auf Freiwillige, die man vorschickt, um sie dann in den Kerker zu werfen. Es darf nicht nochmals vorkommen, dass dieses System durch nationale Kräfte gerettet wird, die man sonst mit Füßen tritt. Personen und Eigentum derjenigen, die sich zu uns bekannt haben, das ist der einzige Wert, den es dann zu schützen gilt bis zu dem Augenblick, in dem die Macht in die Hand der nationalen Opposition übergeht."

"Keine Hand soll sich, nach Hugenberg, zum Schutze dieser Regierung und dieses Systems erheben". Das erklärte der Mann, dessen Scherlverlag bei der unter Reichsgarantie stehenden Danatbank mit nicht weniger als 26 Millionen Mark hängt. Wie lange gedenkt die Reichsregierung Herrn Hugenberg diesen Mil-

lionenbetrag noch zu pumpen und ihm die Möglichkeit zu geben, das Volk durch seine Presse gegen das System und gegen die Regierung aufwiegeln zu lassen, deren Geld und finanzielle Unterstützung er gern beansprucht?

SPD. Genf, 23. September (Eig. Drahtb.)

In der 2. Kommission des Völkerbundes kam es am Mittwoch zu einer scharfen Kontroverse zwischen Frankreich und England.

Der französische Finanzminister Flandin hielt eine Art nochtrabender Busspredigt von programmatischem Charakter für die französischen Absichten. Einleitend sprach er von der überall gleichen Sünde der Verschwendung auf Kosten der Zukunft. Bei der Krise suche jeder eine gemeinsame Lösung, die seinen egoistischen Interessen günstig sei. Bei dem Ruf nach Streichung der öffentlichen Schulden als einer wesentlichen Ursache der Wirtschafts- und Finanzkrise zielt man besonders auf die politischen Schulden, die eingegangen seien, ohne dass der Schuldner etwas dafür erhalten habe. Eine solche Änderung beruhe mehr auf moralischen und politischen Erwägungen denn auf einer reinen Finanzaktion. Das stärkste Finanzland habe jahrelang finanzielle Sicherheit gehabt, als seine äusseren Schulden viel grösser als heute gewesen seien. Ausserdem hätten die Schuldner innere Anleihen in den Gläubigerländern. Erleichtere man also das eine Budget, so werde das andere dadurch überlastet. Man schaffe also eine neue Unruheursache, indem man eine vermeintliche andere ausschaltet. Hätten die Gläubiger direkt oder indirekt die Schuldenzahlungen durch Balancieren der Handels- oder Zahlungsbilanz ausgeglichen, so wäre das Transferproblem nicht aufgetaucht.

Flandin sprach dann von dem Missbrauch der kurzfristigen Privatkredite zum Ersatz der langfristigen Anleihen. Vor allem müssten einmal die bestehenden Kredite erhalten werden durch rigorose Sparsamkeit als Quelle des Vertrauens. Die gemeinsame Aktion zur Stärkung dieses Vertrauens könne nur in Form einer internationalen Garantie erfolgen. Eine sogenannte Neuverteilung der Goldbestände wies Flandin zurück. Die Golddeckung sei ein automatischer Regularisator. Das sei nicht falsch, weil die Voraussetzungen ihres Wirkens, nämlich das Vertrauen, versagt haben. Was die praktischen Massnahmen zur Herstellung des freien Warenaustausches anlange, so müssten die reichen Länder den kapitalarmen helfen. Aber eine Garantie dafür sei der gegenwärtige gute Glaube. Das bedeute, dass man die Schleusen des Friedens weit aufreissen müsse, wenn man diese Länder um eine grosse internationale Finanzierungsoperation angehe. Verlange man von den reichen Ländern die Wiederherstellung des Produktionskredits, so müsse man vorher die Verluste der Kreditinflation und noch mehr den Geist der Inflation überhaupt liquidieren. Nach der Krise der Uebertreibung herrsche wieder Mutlosigkeit. Aber man könne schon die Heilung sehen, wenn man zu den einfacheren Heilmitteln greife.

Sir Artur Salter-England polemisierte unter auffallend starkem Beifall der gesamten Kommission gegen Flandin. Die Verklausulierung der Bedeutung der ungleichen Verteilung des Goldes und der Reparationen könne nicht anerkannt werden. Nach seiner Anschauung habe die Vertrauenskrise stärksten politischen Charakter. Sie könne nur mit politischer Beruhigung, aber nicht in Form der starren Aufrechterhaltung gerade der Form beseitigt werden, die sie mit hervorgerufen hätte. Die Notenbanken sollten bis zur äussersten Grenze des Möglichen und Verantwortbaren für das starke Zahlungsmittelbedürfnis gehen. Eine Resolution der Vollversammlung müsse neue politische und finanzielle Wege weisen.

Flandin entgegnete, er wolle sofort antworten, da er abreisen müsse. Eine solche Resolution sei wertlos, weil man sich nicht einig wäre und ausserdem die Vereinigten Staaten nicht daran beteiligt wären. Er wandte sich scharf gegen die inflationistische Tendenz Salters. Die Deckungsgrundlage der Noten dürfe nicht verlassen werden. Für eine gemeinsame Arbeit sei auch er. Die psychologischen Wirkungen der Goldverteilung seien wichtiger als Salter sie sehen wolle.

SPD. Es ist keine Uebertreibung, wenn man vielfach davon spricht, dass der Konflikt zwischen Japan und China in der Mandschurei den Völkerbund vor eine Schicksalsfrage gestellt hat. In der Tat wäre es eine moralische Katastrophe für den Völkerbund, wenn sein Rat nicht willens oder nicht fähig wäre, diesen bewaffneten Konflikt im Keime zu ersticken und seinem Spruch bei den gegnerischen Staaten Achtung zu verschaffen. Dann würde vor aller Welt bewiesen sein, dass der Völkerbund zwar in der Lage ist, kleinere Staaten wie Bulgarien und Griechenland oder wie Bolivien und Paraguay zur Einstellung von Feindseligkeiten zu zwingen, dass aber seine Autorität völlig versagt, sobald eine Grossmacht, die über einen ständigen Sitz im Rat verfügt, in einen Konflikt verwickelt ist.

Gegenwärtig liegen die Dinge so, dass das schwache China, das den Völkerbundsrat angerufen hat, sich im voraus mit jeder Entscheidung des Rates einverstanden erklärt hat, während das mächtige Japan durch Ausflüchte und Einwendungen übelster Art Zeit zu gewinnen versucht und dabei in die Mandschurei immer weiter vordringt. In der ersten Ratssitzung, die sich mit dem Konflikt befasste, erklärte der japanische Vertreter, dass er noch ohne Instruktionen seiner Regierung sei. Das war am Sonnabend. In der zweiten Sitzung am Dienstag Vormittag wich das japanische Ratsmitglied ebenfalls einer klaren Stellungnahme aus und begnügte sich damit, die ungeheuren finanziellen Interessen Japans in der Mandschurei darzulegen, um den militärischen Ueberfall auf Mukden zu erklären. Am Dienstagabend wurde die diplomatische Sabotage durch Japan noch deutlicher durch die Ablehnung der Entsendung einer Untersuchungskommission von neutralen Militärattachés in das Kampfgebiet. Am Mittwoch hat Japan nicht nur diese Ablehnung bestätigt, sondern ausserdem seine Truppen auf die nordmandschurische Stadt Chardin in Bewegung gesetzt unter dem Vorwand, dass auch dort grosse japanische Interessen bedroht seien. Trotzdem wagt es die Regierung von Tokio, Chinas Berufung auf den Kelloggspakt mit der zynischen Begründung zurückzuweisen, dass es sich nicht um einen Krieg, sondern nur um einen "Zwischenfall" handle!

Die öffentliche Meinung der ganzen Welt hat sich inzwischen ihr Urteil über die Schuldfrage gebildet. Gerade die Haltung Japans in Genf beweist ganz klar, dass es sich bei Japan um einen militaristischen und imperialistischen Raubzug handelt. Die gegenwärtigen Machthaber in Tokio spekulieren einerseits auf die Ohnmacht des durch Bürgerkrieg, Hungersnot und Uberschwemmungen geschwächten China, andererseits auf die gegenwärtige Aktionsunfähigkeit der Westmächte, die durch die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu stark in Anspruch genommen sind, um energisch im fernen Osteneinzugreifen.

Diese Rechnung muss unbedingt durchkreuzt werden. Der Völkerbundsrat darf vor dem japanischen Militarismus nicht zurückweichen. Es ist seine Pflicht das überfallene China, das ihn angerufen hat, in Schutz zu nehmen. Vor einem einmütigen Beschluss des Rates, der zum Beispiel wirtschaftliche Zwangsmassnahmen gegen den Friedensbrecher anordnen kann, würde die Regierung in Tokio sehr bald kapitulieren. Die Mitglieder des Rates müssen sich dessen bewusst sein, dass ihr Versagen in diesem Falle dem Vertrauen der Völker in den Völkerbund einen vielleicht irreparablen Schaden zufügen würde.

SPD. Stettin, 23. September (Eig. Draht.)

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat zum Ausgleich ihres Etatdefizits zahlreiche Sparmassnahmen angeordnet. So die Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge der ledigen und verheirateten Angestellten um fünf Prozent, und zwar bei einer Mindestgrenze von 1500 Mark jährlich, weiter eine entsprechende Kürzung der Bezüge der Lohnempfänger, Verlängerung der Aufstiegszeit in den Dienstaltergruppen um zwei Jahre, Herabsetzung des Wohnungsgeldzuschusses für Ledige auf 60 Prozent, Anrechnung der Dienstwohnung mit vollem Wohnungsgeld-

zuschuss, Herabsetzung der Tagegelder der Beamtenanwärter, Erhöhung der Jägd-scheine und Abgaben der Notare, die von der bisherigen Gehaltskürzung nicht betroffen werden. Ferner sind vorgesehen Ersparnisse bei den Gewerbeschulen und Kaufmannsschulen, Ermöglichung von Personalkostenersparnissen bei Einzelverträgen, Verbot, die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Gemeinden pünktlicher zu regeln als für die Staatsbeamten.

Die Regierung teilt weiter mit, dass eine weitere Ersparnis an den Personalansgaben voraussichtlich eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten bringen werde, durch welche der Höchstatz des Ruhegehaltes und des Wartegeldes von 80 v.H. auf 75 v.H. herabgesetzt werde. Eine weitere Notverordnung werde die Aufbringung des Überschusses durch die Allgemeinheit in der Weise regeln, dass die Steuerüberweisungen des Landes an die Gemeinden u. ca. zwei Millionen Mark gekürzt werden und die Gemeinden zum Ausgleich zwei Einheiten der Bürgersteuer erheben könnten.

Von weiteren Kürzungen der Beamtgehälter hat die Regierung bisher Abstand genommen.

SPD. Die Reichsregierung plant die Hauszinssteuer ab 1. April 1932 um 25 Prozent zu senken. Die Senkung soll auf Kosten des bisherigen Wohnungsanteils erfolgen. Ein entsprechender beschluss des Kabinetts liegt jedoch noch nicht vor. Zur Zeit befassen sich noch die Reichs- und preussischen Ressorts mit der Angelegenheit.

SPD. New York, 23. September (Eig. Dr.)

Die amerikanische Schwerindustrie hat in letzter Zeit einschneidende Lohnkürzungen beschlossen, die innerhalb der Arbeiterschaft eine grosse Beunruhigung und eine Welle der Empörung ausgelöst haben. Im Vergleich zum August des vergangenen Jahres sind die Löhne in der Schwerindustrie im August dieses Jahres um 22 Prozent geringer. Auch in den amerikanischen Strumpfwirkereien sind einschneidende Lohnkürzungen vorgenommen worden. Sie betragen im Durchschnitt 40 Prozent. Die Arbeiterschaft hat diese Abbaumassnahmen mit dem Streik beantwortet, sodass ein grosser Teil der Strumpfwirkereien stillliegt.

Die Bundesregierung erklärt offiziell, dass sie den Lohnabbau missbilligt. Sie warnt zugleich vor den Folgen, beabsichtigt jedoch vorläufig von Gegenmassnahmen abzusehen.

SPD. Die Vereinigten Reichsratsausschüsse nahmen am Mittwoch die Durchführungsbestimmungen zu der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung an. Die Vorlage wird am Donnerstag die Vollsitzung des Reichsrats beschäftigen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Das aller Welt

Callos Zauberschachtel.

Ein neues Hilfsmittel gegen Fälschungen - Verdrängung der teuren Quarzlampe -
Der Mann, der die Wunderbrille erfinden will.

SPD. Ein bescheidener junger Mann stellt sich als Herr Alexander Callo vor, seines Zeichens Physiker, wohnhaft in Nikolassee bei Berlin. Sein Verdienst ist, eine Methode gefunden zu haben, durch die die im Tageslicht enthaltenen ultravioletten Strahlen ohne künstliche Lichtquelle verwertbar gemacht werden können.

Als man machtlos war - -

"Wie ich zu meiner Erfindung gekommen bin? Das ist doch ganz einfach. Sehen Sie, früher war man geschickten Fälschungen gegenüber fast machtlos. Da musste man umständliche chemische Analysen und physikalische Untersuchungen machen, bis man herausbekam, ob ein Geldschein echt, ein Stoff widerstandsfähig, ein Nahrungsmittel unverfälscht, ein Brief nicht aufgebrochen worden war. Dann kamen die ultravioletten Strahlen. Sie sind unsichtbar und als langwellige Strahlen im Tageslicht enthalten. Man hat sie künstlich hergestellt durch die sogenannten Quarzlampen; diese künstlichen ultravioletten Strahlen sind kurzwellig und, wenn sie nicht sehr vorsichtig angewandt werden, gesundheitsschädlich. Man benutzt sie, um Fälschungen aufzudecken. Unter der Einwirkung der ultravioletten Strahlen erhält jede Materie ein anderes Aussehen, eine andere Farbe; mögen sich zwei Stücke Papier oder Stoff bei Tageslicht noch so sehr gleichen, unter ultraviolettem Licht sehen sie plötzlich grundverschieden aus. Die Dinge selbst beginnen in einer bestimmten Art zu fluoreszieren.

Bisher hat man mit den Quarzlampen ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Sie haben nur den einen Fehler, dass sie ein paar hundert Mark kosten und sehr umständlich zu handhaben sind. Ich kam nun auf die Idee, ohne künstliche Lichtquelle einfach das Tageslicht zur Hergabe seiner ultravioletten Strahlen zu veranlassen, Dazu brauchte ich weiter nichts als eine bestimmte Glasscheibe, die imstande ist, alle anderen Strahlen des Tageslichtspektrums aufzuhalten und nur die ultravioletten durchzulassen. Das ist mir nun nach zweijähriger Arbeit gelungen."

Das "Callophane".

Alexander Callo zeigt uns eine Art Holzschachtel, zwanzig Zentimeter lang, fünfzehn breit und drei hoch. "Callophane" steht auf einem Schildchen am Rand. Die Schachtel wird hochgeklappt; jetzt kann man sie mit der einen Seite an die Augen halten, so dicht, dass nur durch eine merkwürdig dunkle, violett schimmernde Scheibe im Deckel Licht in den Kasten fällt. Die Gegenstände, die geprüft werden sollen, werden in den Kasten hineingelegt; oder, wenn sie zu gross sind, wird ein Stück Boden des Kastens herausgenommen und das "Callophane" auf den zu prüfenden Gegenstand aufgelegt.

Wir gehen mit dem Kasten zum Fenster; das Licht des trüben Herbsttages genügt, Sonne ist nicht nötig. Nun können die Prüfungen beginnen.

Zuerst holt Herr Callo zwei Zehnmarkscheine aus der Tasche. Der eine wurde ihm von einer Bank zur Begutachtung übergeben. Mit blossem Auge ist kaum irgend ein Unterschied zwischen beiden Scheinen zu erkennen. Sie werden in den Kasten gelegt; und man sieht plötzlich zwei grundverschiedene Farben: der eine Schein ist hellgrün, mit deutlich erkennbaren Wasserzeichen. Der andere aber ist dunkelbraun, die Wasserzeichen sind nicht zu sehen. Dieser Schein ist falsch.

Bukett der Fleischerpapiere.

Als nächstes kommen ein paar Muster von Fleischerpapieren an die Reihe, die zum Einwickeln der Ware verwandt werden und daher giftfrei sein müssen. Mit blossen Auge sehen alle Proben rosa aus; unter den ultravioletten Strahlen leuchtet plötzlich ein ganzes Bukett auf: rot, grün, gelb, blau - je nach der Qualität. Für den Kriminalisten ist diese feine Unterscheidung sehr wichtig; fast jedes ungeklärte Verbrechen stellt die Polizei vor die Frage, wo dieses oder jenes Material gekauft, von wem es hergestellt worden ist.

Nun kommen Tapetenproben an die Reihe; die einen sind lichteucht, die anderen nicht. Dann folgen zwei Sorten Eiernudeln, scheinbar aus demselben Teig gemacht; erst der Blick ins Callophane zeigt ganz verschiedene Farben. Die eine Sorte Eiernudeln ist nämlich - ohne Eier hergestellt worden! Also auch Lebensmittelfälschung lässt sich leicht nachweisen. Wir sehen einen versiegelten Brief; im Callophane stellt sich heraus, dass das Siegel aus zwei verschiedenen Lacken besteht. Der Brief ist also geöffnet und wieder verschlossen worden. Aber noch eine raffiniertere Art gibt es, um Postdiebstähle festzustellen. Bekanntlich dringt der Oelstempel der Post in das Papier der Marken und Kuverts ein, aber auch in andere Papiere, auf die man einen gestempelten Brief legt. Bei einem mutmasslichen Postdieb wird nun alles untersucht, das während des Brieföffnens als Unterlage gedient haben kann. Die ultravioletten Strahlen zeigen untrüglich den Abdruck des Stempels auf der Unterlage!

Eine seltene Briefmarke wird uns vorgelegt. Im Callophane erkennen wir die Fälschung: an ein schwer lädiertes Stück sind neue Ränder geschickt angefügt worden! Keine Sammlerlupe hätte das entdecken können. Eine andere Briefmarke zeigt im Kasten einen dunklen Querstrich, der sonst nicht zu sehen ist - ein gestempeltes Stück, das als ungestempelt verkauft wurde!

"Vorsicht - Schwindler!"

Ein leeres Blatt Papier zeigt im Callophane eine violette Schrift: "Vorsicht, der Mann ist ein Schwindler!" - Callo denkt sich die Verwendung so, dass derartige Vermerke nötigenfalls im Verkehr von Bank zu Bank auf den Schecks als Geheimschrift gemacht werden, um vor dem Einlöser zu warnen.

Es lässt sich nicht entfernt jede Möglichkeit des neuen Apparates aufzählen. Die Kriminalpolizei kann ihn am Tatort, der Staatsanwalt oder Verteidiger vor Gericht, der Sammler zuhause, der Wissenschaftler im Laboratorium verwenden. Dass dies nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich ist, bewirkt der Preis des Callophane, das nur dreissig Mark kosten wird. Und das ist die Hauptsache! Die gleichen Resultate lassen sich wohl auch mit Quarzlampe erzielen; aber derart teure Apparate können sich nur ganz wenige Behörden, Industriefirmen oder Privatleute leisten.

Das Callophane ist bereits im Berliner Polizeipräsidium in Betrieb; das preussische Innenministerium hat in einem Erlass alle Polizeistellen auf den Apparat hingewiesen. Das Reichspostzentralamt, das Kriminalgericht, eine Reihe von Banken erhält dieser Tage ihre Apparate.

Aber Alexander Callo hat schon wieder weitere Pläne. Er will als nächstes eine "Wunderbrille" erfinden, die man nur aufzusetzen braucht, um die Welt in Echt und Unecht geschieden zu erblicken. Das wäre dann gewissermassen die "Brille der Erkenntnis" - - -

-2

+ + +

Die Devaheimzustände. Durch einen Prozess vor dem Arbeitsgericht Berlin-Mitte wurden die Zustände bei der völlig zugrunde gewirtschafteten evangelischen Bauspargesellschaft Devaheim in interessanter Weise beleuchtet. Ein Herr Röse, der Leiter der Buchhaltung der Devaheim und der Deuzag, hatte den Konkursverwalter wegen unberechtigter fristloser Entlassung verklagt. Am 9. Oktober soll die Verhandlung zum Urteil geführt werden. Der Kläger Röse hatte einen Bausparvertrag über 20000 Mark mit der Deuzag abgeschlossen und bereits

Das alle Welt

Callos Zauberschachtel.

Ein neues Hilfsmittel gegen Fälschungen - Verdrängung der teuren Quarzlampe -
Der Mann, der die Wunderbrille erfinden will.

SPD. Ein bescheidener junger Mann stellt sich als Herr Alexander Callo vor, seines Zeichens Physiker, wohnhaft in Nikolassee bei Berlin. Sein Verdienst ist, eine Methode gefunden zu haben, durch die die im Tageslicht enthaltenen ultravioletten Strahlen ohne künstliche Lichtquelle verwertbar gemacht werden können.

Als man machtlos war - -

"Wie ich zu meiner Erfindung gekommen bin? Das ist doch ganz einfach. Sehen Sie, früher war man geschickten Fälschungen gegenüber fast machtlos. Da musste man umständliche chemische Analysen und physikalische Untersuchungen machen, bis man herausbekam, ob ein Geldschein echt, ein Stoff widerstandsfähig, ein Nahrungsmittel unverfälscht, ein Brief nicht aufgebrochen worden war. Dann kamen die ultravioletten Strahlen. Sie sind unsichtbar und als langwellige Strahlen im Tageslicht enthalten. Man hat sie künstlich hergestellt durch die sogenannten Quarzlampen; diese künstlichen ultravioletten Strahlen sind kurzwellig und, wenn sie nicht sehr vorsichtig angewandt werden, gesundheitsschädlich. Man benutzt sie, um Fälschungen aufzudecken. Unter der Einwirkung der ultravioletten Strahlen erhält jede Materie ein anderes Aussehen, eine andere Farbe; mögen sich zwei Stücke Papier oder Stoff bei Tageslicht noch so sehr gleichen, unter ultraviolettem Licht sehen sie plötzlich grundverschieden aus. Die Dinge selbst beginnen in einer bestimmten Art zu fluoreszieren.

Bisher hat man mit den Quarzlampen ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Sie haben nur den einen Fehler, dass sie ein paar hundert Mark kosten und sehr umständlich zu handhaben sind. Ich kam nun auf die Idee, ohne künstliche Lichtquelle einfach das Tageslicht zur Hergabe seiner ultravioletten Strahlen zu veranlassen, Dazu brauchte ich weiter nichts als eine bestimmte Glasscheibe, die imstande ist, alle anderen Strahlen des Tageslichtspektrums aufzuhalten und nur die ultravioletten durchzulassen. Das ist mir nun nach zweijähriger Arbeit gelungen."

Das "Callophane".

Alexander Callo zeigt uns eine Art Holzschachtel, zwanzig Zentimeter lang, fünfzehn breit und drei hoch. "Callophane" steht auf einem Schildchen am Rand. Die Schachtel wird hochgeklappt; jetzt kann man sie mit der einen Seite an die Augen halten, so dicht, dass nur durch eine merkwürdig dunkle, violett schimmernde Scheibe im Deckel Licht in den Kasten fällt. Die Gegenstände, die geprüft werden sollen, werden in den Kasten hineingelegt; oder, wenn sie zu gross sind, wird ein Stück Boden des Kastens herausgenommen und das "Callophane" auf den zu prüfenden Gegenstand aufgelegt.

Wir gehen mit dem Kasten zum Fenster; das Licht des trüben Herbsttages genügt, Sonne ist nicht nötig. Nun können die Prüfungen beginnen.

Zuerst holt Herr Callo zwei Zehnmarkscheine aus der Tasche. Der eine wurde ihm von einer Bank zur Begutachtung übergeben. Mit blossem Auge ist kaum irgend ein Unterschied zwischen beiden Scheinen zu erkennen. Sie werden in den Kasten gelegt; und man sieht plötzlich zwei grundverschiedene Farben: der eine Schein ist hellgrün, mit deutlich erkennbaren Wasserzeichen. Der andere aber ist dunkelbraun, die Wasserzeichen sind nicht zu sehen. Dieser Schein ist falsch.

Bukett der Fleischerpapiere.

Als nächstes kommen ein paar Muster von Fleischerpapieren an die Reihe, die zum Einwickeln der Ware verwandt werden und daher giftfrei sein müssen. Mit blossen Auge sehen alle Proben rosa aus; unter den ultravioletten Strahlen leuchtet plötzlich ein ganzes Bukett auf: rot, grün, gelb, blau - je nach der Qualität. Für den Kriminalisten ist diese feine Unterscheidung sehr wichtig; fast jedes ungeklärte Verbrechen stellt die Polizei vor die Frage, wo dieses oder jenes Material gekauft, von wem es hergestellt worden ist.

Nun kommen Tapetenproben an die Reihe; die einen sind lichteucht, die anderen nicht. Dann folgen zwei Sorten Eiernudeln, scheinbar aus demselben Teig gemacht; erst der Blick ins Callophane zeigt ganz verschiedene Farben. Die eine Sorte Eiernudeln ist nämlich - ohne Eier hergestellt worden! Also auch Lebensmittelfälschung lässt sich leicht nachweisen. Wir sehen einen versiegelten Brief; im Callophane stellt sich heraus, dass das Siegel aus zwei verschiedenen Lacken besteht. Der Brief ist also geöffnet und wieder verschlossen worden. Aber noch eine raffiniertere Art gibt es, um Postdiebstähle festzustellen. Bekanntlich dringt der Oelstempel der Post in das Papier der Marken und Kuverts ein, aber auch in andere Papiere, auf die man einen gestempelten Brief legt. Bei einem mutmasslichen Postdieb wird nun alles untersucht, das während des Brieföffnens als Unterlage gedient haben kann. Die ultravioletten Strahlen zeigen untrüglich den Abdruck des Stempels auf der Unterlage!

Eine seltene Briefmarke wird uns vorgelegt. Im Callophane erkennen wir die Fälschung: an ein schwer lädiertes Stück sind neue Ränder geschickt angefügt worden! Keine Sammlerlupe hätte das entdecken können. Eine andere Briefmarke zeigt im Kasten einen dunklen Querstrich, der sonst nicht zu sehen ist - ein gestempeltes Stück, das als ungestempelt verkauft wurde!

"Vorsicht - Schwindler!"

Ein leeres Blatt Papier zeigt im Callophane eine violette Schrift: "Vorsicht, der Mann ist ein Schwindler!" - Callo denkt sich die Verwendung so, dass derartige Vermerke nötigenfalls im Verkehr von Bank zu Bank auf den Schecks als Geheimschrift gemacht werden, um vor dem Einlöser zu warnen.

Es lässt sich nicht entfernt jede Möglichkeit des neuen Apparates aufzählen. Die Kriminalpolizei kann ihn am Tatort, der Staatsanwalt oder Verteidiger vor Gericht, der Sammler zuhause, der Wissenschaftler im Laboratorium verwenden. Dass dies nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich ist, bewirkt der Preis des Callophane, das nur dreissig Mark kosten wird. Und das ist die Hauptsache! Die gleichen Resultate lassen sich wohl auch mit Quarzlampen erzielen; aber derart teure Apparate können sich nur ganz wenige Behörden, Industriefirmen oder Privatleute leisten.

Das Callophane ist bereits im Berliner Polizeipräsidium in Betrieb; das preussische Innenministerium hat in einem Erlass alle Polizeistellen auf den Apparat hingewiesen. Das Reichspostzentralamt, das Kriminalgericht, eine Reihe von Banken erhält dieser Tage ihre Apparate.

Aber Alexander Callo hat schon wieder weitere Pläne. Er will als nächstes eine "Wunderbrille" erfinden, die man nur aufzusetzen braucht, um die Welt in Echt und Unecht geschieden zu erblicken. Das wäre dann gewissermassen die "Brille der Erkenntnis" - - -

-2

+ + +

Die Devaheimzustände. Durch einen Prozess vor dem Arbeitsgericht Berlin-Mitte wurden die Zustände bei der völlig zugrunde gewirtschafteten evangelischen Bauspargessellschaft Devaheim in interessanter Weise beleuchtet. Ein Herr Röse, der Leiter der Buchhaltung der Devaheim und der Deuzag, hatte den Konkursverwalter wegen unberechtigter fristloser Entlassung verklagt. Am 9. Oktober soll die Verhandlung zum Urteil geführt werden. Der Kläger Röse hatte einen Bausparvertrag über 20000 Mark mit der Deuzag abgeschlossen und bereits

5 000 Mark eingezahlt. Einige Tage vor der Zahlungseinstellung liess sich Röse, der den Zusammenbruch voraussah, sein Guthaben zurückzahlen. Der Scheck wurde von Generaldirektor Jeppel gegengezeichnet. Als nach dem Zusammenbruch die Treuhänder von dem Vorfall erfuhren, wurde Röse trotz seines bis Jahresende unkündbaren Vertrages fristlos entlassen.

Um die Angelegenheit aufzuhellen, wurden verschiedene Zeugen vernommen. Es zeigte sich, dass in der Devaheim keiner dem anderen über den Weg traute. Herr Jeppel sagte aus, dass er auf Veranlassung des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Pastor Cremer eigentlich nur gemeinsam mit dem Inneren Missions-Schatzmeister Möller zeichnungsberechtigt gewesen sei. Herr Möller wäre jedoch kein einziges Mal im Hause erschienen. In Wirklichkeit wurden also sämtliche Schecks nur von Jeppel und einem anderen Angestellten gegengezeichnet. Herr Jeppel meinte weiter, dass er dem Kläger sein Guthaben deshalb ohne weiteres zurückgezahlt hätte, weil ein neuer Dreimillionen-Kredit der Danabank unter Voraussetzung der Bürgschaft der Inneren Mission in Aussicht gestanden hätte! - Ferner kam zur Sprache, dass der Kläger einem Vertreter der Deuzag für ein Geschäft, das überhaupt nie zustande gekommen ist, eine grosse Provision ausbezahlt hat. Es handelt sich um die nur provisorisch, aber niemals praktisch erfolgte Einzahlung von 1 200 000 Mark eines Grafen Maltzahn. Herr Jeppel bestätigte, dass es bei der Devaheim und der Deuzag tatsächlich üblich gewesen sei, Provisionen schon beim Abschluss eines Geschäftes und vor der eigentlichen Effektivierung ausbezahlen....

+ + +
Hinrichtung eines Neunzehnjährigen. In Chartres (Frankreich) wurde am Mittwoch ein 19jähriger Doppelmörder hingerichtet.

+ + +
Der endlose Zug - -. Auf den Schlachtfeldern von Souchez bei Arras sind in den letzten Tagen die Leichen von 27 gefallenen Deutschen gefunden worden. Drei Leichen konnten bisher identifiziert werden.

+ + +
Raubmord in Dortmund. In einem Hause in Dortmund wurden der 59jährige Ingenieur Moser, seine Frau und seine Schwiegarmutter tot aufgefunden; die Leichen wiesen grauenvolle Stich-Verletzungen auf und waren mit Pfeffer bestreut. Die Wohnung ist vollkommen durchwühlt. U.a. fehlen Schmuckstücke und eine wertvolle Briefmarkensammlung aus dem Besitz der Familie. Auf die Ergreifung des Raubmörders, der sich bei der Tat stark mit Blut besudelt haben muss, wurde 1 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

+ + +
Ein deutsches Pompeji. In der Nähe des alten Römerkastells "Saalburg" bei Bad Homburg wurde das Taunuskastell Zugmantel, das in seiner Blütezeit im 2. und 3. Jahrhundert n. Chr. ein dicht besiedeltes Grenzdorf war, ausgegraben. In einem Brunnenschacht wurde u.a. ein vollständig erhaltenes Kettenhemd gefunden; ausserdem entdeckte man hier und an anderen Stellen zahlreiche Geräte, Gefässe, Werkzeuge und Münzen. Auch konnten in einem der Brunnenschächte etwa 60 verschiedene Pflanzensamen festgestellt werden. Im ganzen wurden etwa 485 Kellergruben und Brunnen freigelegt, die ein lebendiges Bild eines alten römischen Lagerbaus an der damaligen Reichsgrenze vermitteln.

+ + +
Paragraph 218-Märtyrer. Der vor drei Wochen vom Amtsgericht Krefeld unter der Anschuldigung des Vergehens gegen den Paragraphen 218 verhaftete Krefelder praktische Arzt Dr. Selo wurde gegen Stellung einer Kautionsaussetzung Untersuchungshaft entlassen. Dr. Selo war sofort nach seiner Verhaftung in den Hungerstreik getreten, durch den er in lebensgefährdender Weise entkräftet worden ist.



Arbeitsbeschaffung durch Strassenbau.

SPD. Die Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Strassenbaugewerbes protestieren in einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Drosselung des Strassenbaugewerbes und verweisen auf den drohenden Verfall der deutschen Strassen, womit der Wirtschaft Riesenwerte verloren gehen.

Schon in den Jahren wirtschaftlichen Gleichgewichts blieb der Strassenbau hinter den Anforderungen des Kraftwagenverkehrs zurück. Die Strassen in Deutschland sind gerade keine Musterstrassen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Dinge verschlimmert, muss, wenn nicht bald Abhilfe kommt, zur völligen Katastrophe führen. 80 Prozent der Strassenbaubetriebe liegen völlig still. Zahlreiche Strassenbauarbeiter sind aus der Produktion ausgeschaltet. Seit der Inflation dürften in Deutschland 4 Milliarden Mark im Strassenbau investiert sein. Diese Werte sind, geht die Vernachlässigung der Strassen weiter, mit Vernichtung bedroht. Es besteht die Gefahr, dass die in den letzten Jahren gebauten Strassen völlig zerstört werden. Die gegenwärtige Sparsamkeit, die auf dem Gebiet des Strassenbaus betrieben wird, ist eine falsche Sparsamkeit. Die Unterlassungen von heute müssen morgen doppelt und dreifach bezahlt werden. Wenn heute die Mittel nicht aufzubringen sind, um den Bestand der Strassen zu sichern, so wird man, um der gesamten Wirtschaft willen, doppelt und dreifach höhere Summen ausgeben müssen, um das zerstörte wieder zu schaffen. Aus diesen Überlegungen haben die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Strassenbaugewerbes eine Entschliessung gefasst, in der es u.a. wie folgt heisst:

"Zehntausende von Arbeitskräften können zur Bewältigung der Aufgaben des deutschen Strassenbaues Arbeit erhalten. Das Gutachten der Brauns-Kommission wies mit Nachdruck auf die Unterbringung eines grossen Teiles der Arbeitslosen im Strassenbau hin. Jetzt aber steht das Strassenbaugewerbe vor dem völligen Zusammenbruch. Mittel und Wege sind genug gewiesen worden, den seit zwei Jahren dahinvegetierenden Strassenbau zu heben. Die Ertragnisse der Kraftfahrzeug- und Betriebsstoffsteuern sind vor allen Dingen in grösserem Masse den Zwecken des Strassenbaues zuzuführen. Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten muss die einheitliche Aufnahme grosser Strassenbauanleihen, die durch Teile des Ertrages der Kraftfahrzeugsteuer zu verzinsen und zu amortisieren sind, angestrebt werden. Die Verwendung heimischer Baustoffe muss in diesen Notzeiten das Gegebene sein. Neben dem müssen die Auftraggeber des Strassenbaus eine besondere Sorgfalt den Auftragnehmern widmen. Unzuverlässigen und spekulierenden Elementen dürfen Strassenbauten nicht übertragen werden, wenn sie auch die billigsten Bewerber sind. Arbeiter sind durch Nichtzahlung der Löhne, Versicherungen durch Nichtzahlung der Beiträge und der Staat durch Nichtzahlung der Steuern um tausende von Mark gebracht worden. Daher dürfen Strassenbauarbeiter keinesfalls wirtschaftlichen Abenteurern - die vom Strassenbau keine Sachkenntnis haben und dadurch die niedrigsten Preise fordern - zur Ausführung von den auftraggebenden Behörden übergeben werden. Strassen und Strassenbaugewerbe sind in höchster Not; ungeheure Werte der Volkswirtschaft sind noch zu retten, wenn im letzten Augenblick für die Erhaltung der Strassen und des Strassenbaugewerbes die Kräfte des Reichs, der Länder, der Städte und der Gemeinden angespannt werden. Die Zeit drängt zu diesen Massnahmen; sollen die Strassen für ihre wirtschaftliche Aufgabe als Instrument der Beförderung und Verteilung der Güter, der Wirtschaft erhalten bleiben, so ist keine Zeit zu verlieren."

SPD. Die Hartnäckigkeit, mit der der Tarifstreit im Ruhrbergbau geführt wird, beweist, dass es sich hier um Fragen handelt, die über den Standpunkt der Tarifparteien hinaus im öffentlichen und allgemeinen Interesse gelöst werden müssen.

Nach dem neuesten Arbeitsmarktbericht sind Ende August im Ruhrbergbau allein 98 000 arbeitslose Bergarbeiter vorhanden. Inzwischen sind neue Entlassungen erfolgt, sodass die Zahl von Hunderttausend bereits überschritten sein dürfte. Dabei ist ein Ende dieser Abbauwelle noch nicht abzusehen. Die Ursachen dieser katastrophalen Verschlechterung sind zum grossen Teile zweifellos in dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergange zu sehen. Es spielen aber auch andere Gründe eine entscheidende Rolle. Wenn z.B. heute zwei Kohlenhauer im Ruhrbergbau die gleiche Leistung vollbringen wie vor fünf Jahren drei Bergarbeiter, dann ist diese betriebswirtschaftliche Entwicklung an dem Arbeitslosenproblem mit schuldig. Daraus ergibt sich, dass selbst ein glänzender wirtschaftlicher Aufschwung garnicht genügt, um die bergmännische Arbeitslosenarmee zu demolieren.

Es war darum für die Bergarbeiterverbände eine selbstverständliche Pflicht das Arbeitszeitabkommen zu kündigen und eine Beseitigung der Mehrarbeit zu fordern. Wenn infolge der zahlreichen Feierschichten durch den Fortfall der Mehrarbeit auch nicht eine sofortige wesentliche Besserung auf dem Arbeitsmarkte eintreten würde, so könnte auf diese Weise doch manche Erleichterung und Entspannung erzielt werden. Vor allem würde man den arbeitslosen Menschen augenfällig beweisen, dass im Rahmen der gegebenen Verhältnisse das Menschenmögliche zur Linderung der Not geschieht. Der schwerarbeitende Bergmann aber, der auf Grund des intensiven Arbeitstempos seine letzten Kräfte hergeben muss, würde jede Erleichterung durch eine kürzere Arbeitszeit dankbar begrüssen. Das waren und sind die Gedankengänge, die zur Kündigung der Mehrarbeit geführt haben und mit denen die Bergarbeitervertreter ihre Haltung begründen. Sie sind umso beachtenswerter, nachdem in letzter Zeit sowohl im mitteldeutschen, wie auch im rheinischen Bergbau aus den gleichen Erwägungen heraus die Arbeitszeit verkürzt wurde.

Die Ruhrunternehmer haben trotzdem in den bisher stattgefundenen Verhandlungen die Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich abgelehnt. Sie wollen das Arbeitslosenproblem mit anderen Mitteln lösen. Ein Lohnabbau von "nur" 12 % und eine Erweiterung der Randzechenklausel soll die Selbstkosten weiter senken. Mit Hilfe einer auf diese Art erzielten Produktionskostenverminderung glauben sie einen Mehrabsatz und damit die Möglichkeiten zu einer Milderung der Arbeitslosennot zu finden. Dieser wirtschaftspolitischen These stehen aber nicht nur die schwersten grundsätzlichen, sondern auch schwerwiegende sachliche Bedenken gegenüber. So ist beispielsweise das Einkommen der Bergarbeiter infolge der zahlreichen Feierschichten und sonstigen Belastungen derart niedrig, dass eine weitere Schmälerung als eine unerträgliche soziale Härte erscheint. Zweitens ist zu beachten, dass der Lohnkostenanteil infolge der andauernden Steigerung der Leistungsergebnisse seit Anfang vorigen Jahres um zirka ein Fünftel zurückgegangen ist. Drittens taucht die Frage auf, ob die geforderte Kostensenkung unbedingt über das Lohnkonto erfolgen muss. Diese Frage ist umso berechtigter, nachdem das Gehaltskonto im Rahmen der Selbstkostenberechnung zu April dieses Jahres dreimal so hoch war als 1913. Aber von den Lohn- und Arbeitskosten ganz abgesehen bleiben als weiterer Faktor vor allem die Kapitalkosten, die auf Grund der beträchtlichen Fehlleitung von Kapitalien bzw. des nur teilweise ausgenutzten Produktionsapparates keine geringe Bedeutung spielen. Und schliesslich werden, soweit die Selbstkostenkrise als Argument eine Rolle spielt, erneut die Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums ins Feld geführt, die einen Verlust von 2 Mark je Fördertonne ergeben haben sollen. Wenn diese Behauptung ein wirkliches Beweismittel für einen Lohnabbau bilden soll, dann ist es absolut unverständlich, dass man den Gewerkschaftsvertretern diese Akten vor-

enthalten und eine Nachprüfung unmöglich gemacht hat. Dann ist es aber auch den Bergarbeitern unbegreiflich, warum die bankrotten Grubenverwaltungen immer noch Geld für Werkszeitungen und sonstige Bilderbücher aufbringen.

Die springende Frage ist die, ob durch einen weiteren Lohnabbau überhaupt die Arbeitslosennot gemildert werden kann. Diese Frage ist zu verneinen. Der zurückgehende Kohlenverbrauch ist eine Folge der Wirtschaftskrise. Einem Wehrabsatz auf ausländischen Märkten stehen aber heute bereits verschiedentlich Einfuhrbeschränkungen entgegen. Schon allein aus diesem Grunde ist das Projekt der Unternehmer nicht geeignet, die Krisennot wirksam zu bekämpfen. Ausserdem kommt hinzu, dass die übrigen Kohlenländer auf einen Wettbewerb, der auf Kosten verschlechterter Arbeitsbedingungen geführt wird, sehr rasch mit den gleichen unsozialen Massnahmen reagieren. Dass auf diese Weise die missliche Lage nicht gebessert, sondern nur noch verschärft wird ist selbstverständlich.

SPD. In der ersten Septemberhälfte hat sich die Arbeitsmarktlage im Bezirke des Landesarbeitsamtes Brandenburg weiter verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich um 16 375, die Zahl der Unterstützungsbezieher um 3 329. Der Zugang an Arbeitsuchenden entfiel fast ausschliesslich auf Berlin, da hier im Gegensatz zu ländlichen Bezirken keine Berufsgruppe durch besondere Aufnahmefähigkeit einen Ausgleich schaffen konnte. In den Arbeitsamtsbezirken der Provinz Brandenburg und der Grenzmark Posen-Westpreussen wechselten Zu- und Abgang und nur in den Bezirken Brandenburg/Havel, Deutsch-Krone, Finsterwalde, Fürstenwalde, Guben, Küstrin, Luckenwalde, Rathenow, Schlochau und Zillichau-Schwiebus kann von einem Ausgleich innerhalb des Arbeitsamtes gesprochen werden.

Von den 637 394 Arbeitsuchenden entfielen 486 667 auf Berlin, auf die Provinz Brandenburg 139 269 und auf die Grenzmark Posen-Westpreussen 11 458 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung betrug 170 784, in der Krisenfürsorge 157 574, zusammen 328 358 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 121 905, auf die Provinz Brandenburg 45 221, auf die Grenzmark Posen-Westpreussen 3 658. In der Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 116 874, Brandenburg 36 974, Grenzmark Posen-Westpreussen 3 726.

Auf 1000 Einwohner des Gesamtbezirkes kamen in der Arbeitslosenversicherung 24,62 Hauptunterstützungsempfänger; diese Zahl stellte sich für Berlin auf 30,37, für die Provinz Brandenburg auf 17,46, für die Grenzmark Posen-Westpreussen auf 11,00. In der Krisenfürsorge betrug die Vomtausendzahl für den Gesamtbezirk 22,72; sie stellte sich für Berlin allein auf 29,12, für die Provinz Brandenburg auf 14,28, für die Grenzmark Posen-Westpreussen auf 11,21.

SPD. Nach der Arbeitslosenstatistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes waren Ende August rund 50 Prozent der Mitglieder dieses Verbandes erwerbslos. Weniger als 11 % der Verbandsmitglieder arbeiten verkürzt. Am grössten ist die Arbeitslosigkeit in den Gauen Dresden, Berlin und Düsseldorf, am günstigsten liegen die Verhältnisse noch im Gau Hannover. Die Möbelindustrie verzeichnete im August verschiedene Einstellungen, die Entlassungen in der Sägewerks-, Kisten-, Wagon- und Korbindustrie sowie auf den Werften waren jedoch bedeutend grösser.

Wirtschaft Technik Handel

Deutschland und Frankreich.

Die Chance einer Wirtschaftsverständigung.

SPD. Ueber das kommende Wochenende werden der französische Ministerpräsident Laval und Aussenminister Briand in Berlin weilen. Diesem Ereignis kommt nicht nur deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil dies der erste Besuch führender französischer Staatsmänner seit dem deutsch=französischen Krieg vom 1870/71 in Berlin ist, sondern wegen der drohenden Zuspitzung der internationalen Kredit= und Wirtschaftslage. Diese Probleme werden zweifellos im Mittelpunkt der Berliner Verhandlungen stehen.

In weiten Kreisen Deutschlands und auch Frankreichs hat sich die Ueberzeugung durchgesetzt, dass die deutsch=französische Verständigung der Grundpfeiler zum Wiederaufbau Europas ist. Die allererste Voraussetzung zu einer Besserung der deutsch=französischen Beziehungen müsste eine Beseitigung der politischen Spannungen sein. Der Besuch der deutschen Minister in Paris und die erledigung der unglückseligen Zollunionaffäre hat diese Voraussetzungen geschaffen. Jetzt gilt es, in Berlin die Wege für eine starke wirtschaftliche Interessengemeinschaft zu ebnet und über sie hinaus endlich zu einem ungetrübten politischen Nebeneinanderarbeiten der beiden Mächte zu kommen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet liegen bereits gute Anfänge vor. In erster Linie verdient hier der Abschluss des deutsch=französischen Handelsvertrages vom August 1927 Erwähnung, der ein kräftiges Aufblühen des deutsch=französischen Warenverkehrs zur Folge hatte. Nach der französischen Statistik war die deutsch=französische Handelsbilanz im ersten vollen Jahre nach Abschluss des Vertrages, im Jahre 1928, mit 722 Mill. Franken für Deutschland passiv, im Jahre 1929 aber mit 1800 Mill. Franken für Deutschland aktiv. Im Jahre 1930 steigerte sich die Aktivität für den deutschen Aussenhandel auf 3700 Mill. Franken (1 Franken = 16 Pf.). Allerdings erfordert diese französische Statistik eine gewisse Klarstellung, da in ihren Ziffern keine Trennung für reine Exporte und für Reparationssachlieferungen erfolgt ist. Die deutsche Statistik besagt folgendes:

	<u>Deutsche Ausfuhr=bezw. Einfuhr=</u> <u>überschuss ohne Sachlieferungen</u>	<u>Deutsche Ausfuhr=bezw. Einfuhr=</u> <u>überschuss einschl. Sachlieferg.</u>
1928	- 550 Mill. Mark	- 153 Mill. Mark
1929	- 255 " "	+ 233 " "
1930	+ 165 " "	+ 635 " "

Wenn man also die Sachlieferungen herausnimmt, zeigt sich, dass auch Frankreich von dem deutsch=französischen Abkommen stark profitiert hat, denn seine Handelsbilanz war 1928 und 1929 aktiv, während Deutschland durch eine weitere Steigerung seiner Ausfuhr erst im letzten Jahr, allerdings in beträchtlichem Umfang, seine Handelsbilanz mit Frankreich aktivieren konnte. Welche Bedeutung für die deutsche Gesamtausfuhr der Export nach Frankreich hat, geht daraus hervor, dass er von 1927 mit 5,7 % der Gesamtausfuhr bis 1930 ununterbrochen auf 9,5 % gestiegen ist und in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres sich mit 9,3 % der Gesamtausfuhr fast stabil halten konnte. Andererseits ist Frankreichs Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr von 1929 bis 1931 von 4,8 auf 5,4 % gestiegen, was in Rücksicht auf die stark gesunkene Kaufkraft des deutschen Binnenmarktes besonders bemerkenswert ist.

Weiter sind im Laufe der letzten 6 Jahre zwischen deutschen und französischen Industriekreisen Kartell- und Interessengemeinschaftsverträge abgeschlossen worden, die deutlicher als alles andere die Notwendigkeit einer engen wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit beweisen. Die bedeutendsten Verträge dieser Art bilden die Gründung des internationalen Stahlkartells und der Kalivertrag. Die internationale Rohstahlgemeinschaft stellt im wesentlichen nichts anderes dar als eine Interessengemeinschaft der deutschen und französischen Schwerindustrie nach dem Motto: Tust du mir nichts, tu ich dir nichts! Dieses Kartell hat trotz mannigfacher Reibungen bisher alle Krisenstürme überstanden, ein Beweis dafür, welche Bedeutung der Aufrechterhaltung dieser Organisation von Deutschland und Frankreich als den stärksten Teilhabern beigemessen wird. Die Kaliindustrie beider Länder einigte sich im Jahre 1928 und verteilte den gesamten Weltmarkt, den die deutsch-französische Kaligemeinschaft monopolartig beherrscht, nach einem bestimmten Schlüssel unter sich. Auch die Teerfarbenindustriellen Deutschlands und Frankreichs haben eine Interessengemeinschaft mit weitgehenden Bindungen abgeschlossen.

Auf dem Rohstahlkartell ist eine ganze Anzahl anderer Syndikate wie Schienenkartell, Röhrenkartell etc. aufgebaut worden, deren Existenz in erster Linie deutsch-französischen Eiseninteressen entsprang. Daneben gibt es noch andere Gebiete, Stickstoff, Aluminium usw., auf denen sich gleichfalls das Zusammengehen der deutschen und französischen Interessenten eingespielt hat.

Wenn in Berlin etwas Dauerhaftes und auf lange Sicht Wirksames in den deutsch-französischen Besprechungen herauskommen soll, dann gilt es aber nicht nur, die Kartelle und die dünne Schicht der Interessenten an einen Tisch zu bringen, sondern es ist notwendig, die Völker zusammen zu bringen. Die Vorschläge, die in Berlin diskutiert werden, sind im einzelnen noch nicht bekannt; jedoch liegt die Annahme nahe, dass eine starke zollpolitische Annäherung beider Länder zur Diskussion stehen wird. In einer Zeit, wo die Wellen des Hochschutzzolls wieder hoch gehen und sogar in England die Schutzzöllner zusehends Boden gewinnen, muss eine zollpolitische Annäherung zwischen den beiden grössten zentraleuropäischen Staaten von weittragendster Bedeutung sein. Wir sind uns bewusst, dass für viele strittige politische Fragen die Zeit noch nicht reif zur Aussprache ist. Sie ist aber überreif für eine Klärung drängender wirtschaftspolitischer Fragen. Es gilt für die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands und Frankreichs, diese Stunde wahrzunehmen.

SPD. Die Bank der Reichsbahngesellschaft, die Deutsche Verkehrskredit A.G., erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 840 000 Mark gegenüber 1,08 Millionen Mark im Vorjahre. Die Dividende wird von 12 auf 9 Prozent runtergesetzt. Der Umsatz hat sich stark verringert, insbesondere ist das Frachtstundungsgeschäft zurückgegangen. Vorgeschlagen wird eine Kapitalerhöhung von 4 auf 20 Millionen Mark. Wahrscheinlich hängt die Erhöhung mit der geplanten Vereinheitlichung im Speditionswesen (Schenkervertrag) zusammen.

SPD. Dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde über die finanzielle Entwicklung des Unternehmens folgender Bericht vorgelegt:

Die Entwicklung der Einnahmen war auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personen- und Gepäckverkehr in den ersten 8 Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang um 120 Millionen RM (- 12,7 %), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen RM (-17,6 %) auf. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personen- und Gepäckverkehr ist mit 161 Millionen RM um 16,4 %, der Güterverkehr mit 738 Millionen RM um 32 % zurückgeblieben. Der gesamte Rückgang der Einnahmen beziffert sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen RM, gegenüber 1929 auf 955 Millionen RM, das sind 26,9 % weniger als 1929. Es ist der Verwaltung gelungen, einen wesentlichen Teil des Einnahmerückganges durch Betriebersparnisse auszugleichen: Es war möglich, die Gesamtausgaben im Jahre 1931 um 20,7 % gegenüber 1929 zu senken. In der Betriebsführung sind die Personalausgaben und die Sachaufwendungen für Betrieb und Verkehr herabgemindert worden; in der Unterhaltung und Erneuerung der Bahnanlagen wurde gespart, soweit es sich mit einer ordnungsmässigen Durchführung des Betriebes vereinbaren liess. Beschaffungen und Aufträge an die Industrie mussten immer weiter gedrosselt werden, sodass nach dem derzeitigen Stande für 1931 38 % weniger Bestellungen gemacht werden als im Jahre 1929".

SPD. Im Reichsernährungsministerium haben wieder einmal Brotpreissenkungsverhandlungen stattgefunden, von denen die Oeffentlichkeit mit der Zeit den Eindruck erhalten hat, dass dabei doch nichts herauskommt und dass der Reichsernährungsminister Schiele nur so tut, als ob er täte. Diesmal geht es um die Frage, eine Verbilligung des Brotpreises für die Arbeitslosen in Berlin herbeizuführen. Die Organisationen der Bäcker haben eine Preismässigung von 4 Pfennigen für das 1 250 Gramm schwere Brot zugestanden. Das Ministerium, das anfänglich einen grösseren Preisnachlass forderte, hat sich anscheinend mit dieser Konzession zufriedengegeben und die Angelegenheit dem Berliner Magistrat, der die Einzelheiten zu regeln haben wird, überwiesen.

Wir nehmen nun an, dass der Berliner Magistrat sich die Konzession der Bäckermeister und Brotfabriken noch einmal genau ansehen wird. Wir halten den Preisnachlass für die Arbeitslosen um 4 Pfennigen für 1250 Gramm für durchaus ungenügend. In den sächsischen Städten haben die Bäcker z.B. einen Nachlass von 4 Pfennigen für 1000 Gramm zugestanden. Was schliesslich in Sachsen geht, muss auch anderswo gehen. - Darüber hinaus ist es an der Zeit, die Frage des Brotpreises ganz allgemein aufzuwerfen. Wir leben heute in einer fürchterlichen Krise, wie sie die Wirtschaftsgeschichte kaum gesehen hat. Wir müssen aber feststellen, dass z.B. in Berlin der Brotpreis höher liegt als im vorigen Winter. Die berühmte Bäckerspanne, der Unterschied zwischen den Preisen für Mehl und dem Brotpreis, beträgt gegenwärtig in Berlin 17 Pfennige. Im vorigen Winter hat er nur 15 Pfennige betragen. Das sind Auswüchse, die die Oeffentlichkeit nicht hinnehmen kann. Es gibt keine Argumente, die die Steigerung der Bäckerspanne in Berlin - und in anderen Städten wird es wohl nicht anders sein - um 2 Pfennige rechtfertigen könnte. Das Bäckergewerbe kann doch schliesslich in einer Zeit, die energisch eine Abflachung der Preise fordert und die täglich neuen Lohnabbau bringt, für sich keine Lohnerhöhungen durchführen. Dass es auch mit einer niedrigeren Bäckerspanne geht zeigt z.B. Leipzig, wo sie nur 12 Pfennige beträgt.

Durch eine Verringerung und Normalisierung der Bäckerspanne kann das Problem des Brotpreises aber nur zum Teil gelöst werden. Schliesslich besteht ein bestimmtes, durch die Unkosten gebotenes Verhältnis zwischen Getreidepreis und Brotpreis. Durch Anwendung vieler Mittel ist der Getreidepreis in Deutschland mehr als doppelt so hoch als der Getreidepreis im Ausland. Dadurch sind

wir zu einem Brotpreis gekommen, der der Kaufkraft der breiten Bevölkerung nicht mehr entspricht. Das ist aber ausschlaggebend. Man muss immer wieder feststellen, dass der Reichsernährungsminister Schiele auf allerlei Schliche verfällt, um die Öffentlichkeit über seine unhaltbare Getreidepreispolitik hinweg zu täuschen und die Verantwortung von sich abzuwälzen. Demgegenüber ist zu betonen, dass die gegenwärtigen Getreidepreise nicht mehr zu halten sind. Man wird der Frage einer Zollsenkung näher treten müssen, um in Deutschland einen Getreidepreis zu erzielen, der der Kaufkraft der breiten Bevölkerung gerecht wird.

SPD. Wie die Reichsbahngesellschaft mitteilt, hat der Verwaltungsrat für 1932 den Abschluss auf Lieferung von Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen Mark genehmigt. Inwieweit weitere Arbeitsaufträge zusätzlicher Art von der Reichsbahn herausgegeben werden können, hängt von dem Ergebnis der 4,5prozentigen steuerfreien Reichsbahnleihe ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat seine Zustimmung gegeben hat.

Weiter fest.

(Berliner Getreidebörse vom 23. September)

SPD. Die feste Tendenz an der Berliner Produktenbörse fand am Mittwoch ihre Fortsetzung. Das Angebot an promptem Brotgetreide ist sehr knapp geworden und wenn auch die Käufer vielfach sich mehr zurückhielten, so konnte doch prompter Weizen seinen Preisstand um 3 Mark, Roggen um 1 Mark verbessern. Auch am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich Preisaufbesserungen. Hier wie allgemein war bei ziemlich nervösem Verhalten der Börse die Umsatztätigkeit nur gering. Auch am Mehlmarkt konnte sich nur wenig Geschäft entwickeln. Weizen war ziemlich stetig, ohne grössere Umsätze zu erzielen. Von Roggenmehl waren nur die billigeren Provinzmarken begehrt, die zu unveränderten Preisen Absatz fanden. Mittlere und gute Qualitäten waren kaum beachtet. Hafer ist in guten Sorten knapp angeboten. Mittlere Ware ist reichlich vorhanden und hatte bei ruhigem Geschäft stetige Tendenz.

	<u>22. Sept.</u>	<u>23. Sept.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	213 - 216
Roggen	185 - 187	186 - 188
Futter- und Industrieroggen	148 - 155	148 - 155
Hafer	132 - 140	134 - 142
Weizermehl	26,25 - 32,25	26,25 - 32,25
Roggenmehl	26,50 - 28,25	26,75 - 28,50
Weizenkleie	10,60 - 10,90	10,50 - 10,75
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen September 232 und Geld, Oktober 230 $\frac{1}{2}$ - 231, Dezember 232 $\frac{1}{2}$ - 233 $\frac{1}{4}$. Roggen September 201 - 204, Oktober 198 - 199, Dezember 198 $\frac{1}{2}$ - 199. Hafer September 149, Oktober 148, Dezember 149.		

SPD. Dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde über die finanzielle Entwicklung des Unternehmens folgender Bericht vorgelegt:

Die Entwicklung der Einnahmen war auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personen- und Gepäckverkehr in den ersten 8 Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang um 120 Millionen RM (- 12,7 %), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen RM (-17,6 %) auf. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personen- und Gepäckverkehr ist mit 161 Millionen RM um 16,4 %, der Güterverkehr mit 738 Millionen RM um 32 % zurückgeblieben. Der gesamte Rückgang der Einnahmen beziffert sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen RM, gegenüber 1929 auf 955 Millionen RM, das sind 26,9 % weniger als 1929. Es ist der Verwaltung gelungen, einen wesentlichen Teil des Einnahmerückganges durch Betriebersparnisse auszugleichen: Es war möglich, die Gesamtausgaben im Jahre 1931 um 20,7 % gegenüber 1929 zu senken. In der Betriebsführung sind die Personalausgaben und die Sachaufwendungen für Betrieb und Verkehr herabgemindert worden; in der Unterhaltung und Erneuerung der Bahnanlagen wurde gespart, soweit es sich mit einer ordnungs-
mässigen Durchführung des Betriebes vereinbaren liess. Beschaffungen und Aufträge an die Industrie mussten immer weiter gedrosselt werden, sodass nach dem derzeitigen Stande für 1931 38 % weniger Bestellungen gemacht werden als im Jahre 1929".

SPD. Im Reichsernährungsministerium haben wieder einmal brotpreissenkungsverhandlungen stattgefunden, von denen die Oeffentlichkeit mit der Zeit den Eindruck erhalten hat, dass dabei doch nichts herauskommt und dass der Reichsernährungsminister Schiele nur so tut, als ob er täte. Diesmal geht es um die Frage, eine Verbilligung des Brotpreises für die Arbeitslosen in Berlin herbeizuführen. Die Organisationen der Bäcker haben eine Preisermässigung von 4 Pfennigen für das 1 250 Gramm schwere Brot zugestanden. Das Ministerium, das anfänglich einen grösseren Preisnachlass forderte, hat sich anscheinend mit dieser Konzession zufrieden gegeben und die Angelegenheit dem Berliner Magistrat, der die Einzelheiten zu regeln haben wird, überwiesen.

Wir nehmen nun an, dass der berliner Magistrat sich die Konzession der Bäckermeister und Brotfabriken noch einmal genau ansehen wird. Wir halten den Preisnachlass für die Arbeitslosen um 4 Pfennigen für 1250 Gramm für durchaus ungenügend. In den sächsischen Städten haben die Bäcker z.B. einen Nachlass von 4 Pfennigen für 1000 Gramm zugestanden. Was schliesslich in Sachsen geht, muss auch anderswo gehen. - Darüber hinaus ist es an der Zeit, die Frage des Brotpreises ganz allgemein aufzuwerfen. Wir leben heute in einer fürchterlichen Krise, wie sie die Wirtschaftsgeschichte kaum gesehen hat. Wir müssen aber feststellen, dass z.B. in Berlin der Brotpreis höher liegt als im vorigen Winter. Die berühmte Bäckerspanne, der Unterschied zwischen den Preisen für Mehl und dem Brotpreis, beträgt gegenwärtig in Berlin 17 Pfennige. Im vorigen Winter hat er nur 15 Pfennige betragen. Das sind Auswüchse, die die Oeffentlichkeit nicht hinnehmen kann. Es gibt keine Argumente, die die Steigerung der Bäckerspanne in Berlin - und in anderen Städten wird es wohl nicht anders sein - um 2 Pfennige rechtfertigen könnte. Das Bäckergewerbe kann doch schliesslich in einer Zeit, die energisch eine Abflachung der Preise fordert und die täglich neuen Lohnabbau bringt, für sich keine Lohnerhöhungen durchführen. Dass es auch mit einer niedrigeren Bäckerspanne geht zeigt z.B. Leipzig, wo sie nur 12 Pfennige beträgt.

Durch eine Verringerung und Normalisierung der Bäckerspanne kann das Problem des Brotpreises aber nur zum Teil gelöst werden. Schliesslich besteht ein bestimmtes, durch die Unkosten gebotenes Verhältnis zwischen Getreidepreis und Brotpreis. Durch Anwendung vieler Mittel ist der Getreidepreis in Deutschland mehr als doppelt so hoch als der Getreidepreis im Ausland. Dadurch sind

wir, zu einem Brotpreis gekommen, der der Kaufkraft der breiten Bevölkerung nicht mehr entspricht. Das ist aber ausschlaggebend. Man muss immer wieder feststellen, dass der Reichsernährungsminister Schiele auf allerlei Schliche verfällt, um die Öffentlichkeit über seine unhaltbare Getreidepreispolitik hinweg zu täuschen und die Verantwortung von sich abzuwälzen. Demgegenüber ist zu betonen, dass die gegenwärtigen Getreidepreise nicht mehr zu halten sind. Man wird der Frage einer Zollsenkung näher treten müssen, um in Deutschland einen Getreidepreis zu erzielen, der der Kaufkraft der breiten Bevölkerung gerecht wird.

SPD. Wie die Reichsbahngesellschaft mitteilt, hat der Verwaltungsrat für 1932 den Abschluss auf Lieferung von Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen Mark genehmigt. Inwieweit weitere Arbeitsaufträge zusätzlicher Art von der Reichsbahn herausgegeben werden können, hängt von dem Ergebnis der 4,5prozentigen steuerfreien Reichsbahnanleihe ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat seine Zustimmung gegeben hat.

Weiter fest.

(Berliner Getreidebörse vom 23. September)

SPD. Die feste Tendenz an der Berliner Produktenbörse fand am Mittwoch ihre Fortsetzung. Das Angebot an promptem Brotgetreide ist sehr knapp geworden und wenn auch die Käufer vielfach sich mehr zurückhielten, so konnte doch prompter Weizen seinen Preisstand um 3 Mark, Roggen um 1 Mark verbessern. Auch am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich Preisaufbesserungen. Hier wie allgemein war bei ziemlich nervösem Verhalten der Börse die Umsatztätigkeit nur gering. Auch am Mehlmarkt konnte sich nur wenig Geschäft entwickeln. Weizen war ziemlich stetig, ohne grössere Umsätze zu erzielen. Von Roggenmehl waren nur die billigeren Provinzmarken begehrt, die zu unveränderten Preisen Absatz fanden. Mittlere und gute Qualitäten waren kaum beachtet. Hafer ist in guten Sorten knapp angeboten. Mittlere Ware ist reichlich vorhanden und hatte bei ruhigem Geschäft stetige Tendenz.

	<u>22. Sept.</u>	<u>23. Sept.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	213 - 216
Roggen	185 - 187	186 - 188
Futter- und Industrieroggen	148 - 155	148 - 155
Hafer	132 - 140	134 - 142
Weizenmehl	26,25 - 32,25	26,25 - 32,25
Roggenmehl	26,50 - 28,25	26,75 - 28,50
Weizenkleie	10,60 - 10,90	10,50 - 10,75
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 232 und Geld, Oktober 230½ - 231, Dezember 232½ - 233¼. Roggen September 201 - 204, Oktober 198 - 199, Dezember 198½ - 199. Hafer September 149, Oktober 148, Dezember 149.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 23. September 1931.

"Das ist die See!"^x

SPD. Vor Doggerbank! Von Terschelling her ringert ein Leuchtfeuer herüber. Der Kutter "S. 117" und eine Flottille anderer Fischdampfer umspannen im weiten Halbrund den Fanggrund. Zum ersten Male nach dem Kriege!

Ein grimmer Nordwest hat sich aufgemacht. In der Dünung schlingert der Pott wie eine kranke Seekuh. Im Mannschaftslogis, unter der Back, wälzen sich die Schlafenden unruhig in ihren Kojen. Ein schwerer Geruch liegt im Raum: von geteertem Seezeug, nassen Stiefeln und Pfeifenqualm; allen erschwert er das Atmen. Das Röcheln der Schlafenden mischt sich mit dem gluckernden Wasser in den Spanten zu eigenartiger Melodie. Von der Decke herab pendelt die schwelende Lampe wie ein trunkener Nachtwächter.

Sieben Glasen! - - Der Wachmann fällt zur Tür herein: "Hei ho, klar zum Manöver!" Er muss von der Brücke her wecken kommen. Nachts, bei schwerem Wetter, wenn hinter jedem Schritte das Meer gähnt, ist das ein gewagtes Stück Arbeit. Selten bleiben dabei die Knochen heil. Zweimal muss der Wachmann unter die Back. Wütend flucht er im Logis: "Schietkerls, verdammte, wollt ihr absaufen? - Wasser im Schiff!" - - Das hilft. Schnell aus den Kojen, das Ölzeug! In der Dunkelheit tappen wir auf die Stationen und hören dabei den Alten in allen Sprachen der Erde ruchen, ein herrliches Lied!

Das Schiff hat schweren Ruderschaden!

+ + +
Schneetreiben herrscht an Deck. Auf der Brücke versuchen sie, Signale auszusenden. Aber aus nächtlichem Dunkel blitzt nirgends Antwort. Die Schiffsposition ist nicht zu halten. Bei den fortwährenden Kreuzseen beginnen wir querab zu treiben und müssen Treibanker setzen. Riskante Sache in solchen Zeiten! Noch immer ist die Nordsee von Minen verseucht. Der "Ankervormann" wird doppelt besetzt. Die Deckkulis haben sich an den Wintschen festgebunden, damit die Brander sie nicht mit über Bord nehmen.

Auf der Brücke morsen sie immer noch!

Sturm peitscht die Wogen. In gewaltiger Dünung atmet das Meer. Wie ein Ball wird der Kutter hin und her geworfen. Grosse Brecher schlagen breit-schiffs auf das Deck. Der Eimer ächzt und stöhnt in allen Nähten; er muss in der Dünung gehalten werden; sonst schlagen die Sturzseen ihn vollends auseinander.

Da - - ! Die Ankerleinen straffen sich. Der Steuerbordvormann schreit. Niemand hört ihn auf der Brücke. Vergeblich brüllt er seine Meldung in die Nacht hinaus: "Treibanker fest!" Nochmals tönt das Brüllen. Der Sturm frisst die Worte. Keiner kommt schnell genug von den Wintschen los. Eine furchtbare Detonation im Achterschiff - - ! Wie ein scheuendes Ross bäumt sich der schlingende Kasten empor. Das Heck türmt in den nachtschwarzen Himmel hinein. Eine Riesenwoge schwemmt alles hinweg. Wir sind auf eine Mine gelaufen!

+ + +
Schwarz ist die See. Ich treibe in einem tosenden Wasserkessel. Irgend etwas schlägt mir hart an die Schultern. Etwas Dunkles, undefinierbares. Ich fasse zu - - Holz! Mit beiden Armen umklammere ich den Balken. Eiskalt ist das Wasser jetzt im März. Die Kleider hindern jede Bewegung. Die Gedanken quirlen dumpf im Schädel; es ist eine Ohnmacht im Hirnkasten. Kein Ziel, kein

Wohin! Ich schreie in die Nacht hinein. In der feuchten, kalten Atmosphäre dieser Wasserschluchten leben die Töne nicht lange. Kaum geboren, verhallen sie schon wieder. Ungehört - - ! Ein Gesicht taucht neben mir auf. Dort - ich sehe es ganz deutlich. Ein Arm, Haare! Jemand fasst nach dem Holz. Wir sinken. Ist das der Tod? - - -

Jetzt ist das Gesicht nahe bei mir. Der Kesselbums der Wache! Jim - - Auch er ging über den Stag. Kein Wunder bei ihm; er hatte schon immer die ver-teufelte Neigung, im Suff unter Wasser zu leben. Wir krallen uns fester ins Holz. Im irrlichternden Feuer der Wogenkämme sieht der Kamerad wie ein Toter aus, aber er lebt. Ich höre seinen keuchenden, stossweisen Atem. Das Wasser klatscht mit unbarmherzig harten Schlägen ihm ins Gesicht. Ja, ja, das ist die See, dieses gierig-geile Ungeheuer. Wie eine Hure umbuhlt sie unser Leben, um die Todesschreie Versinkender gluckernd mit hinab zu nehmen. Das ist eine je-ner Muren, die man schauernd von sich stösst, um sich doch immer wieder nach ihr zu sehnen.

Wir müssen lange treiben. Die verkrampften Hände sind steif und gefühl-los. Jim hängt nur noch mit einem Arm am Holz. Wie ein Stint wendet er sich in der Strömung. Manchmal höre ich noch sein stossweises Atmen. Ich fühle, wie er mich anglotzt: erschreckt, glucksend, hilfesuchend. Welch gruselige Natur-lichkeit ist doch in all solchen Dingen!

Der Sturm reisst die Wolkenbänke auf. Eine matte Helligkeit ist über dem Wassern. Das Meer schimmert wie silberner Brokat. Mein Kamerad ist fort! Abge-trieben - - ! Er hat die See geliebt; daran ging er zu Grunde. Auch ein Kon-dottiere des Lebens, der in einer einzigen Stunde verschenkte, was die Reeder nur zu plündern vermögen: Für 120 Mark Heuer - ein ganzes Leben! Das Blut pocht heiss. Die Kälte kommt dem Herzen näher. Wenn sie sich erst hineinge-re-sen haben wird, ist es vorbei. Ich kann ihr nicht entweichen. Gegen das fres-sonde Ungeheuer hilft weder Fluchen noch Schreien. Sie werden auch für mich die Heuer sparen!

Die Gedanken sind weg. Alles ist ausgelöscht. Wo bin ich? - Dort - - was ist das? Licht - - - ? Es fingert über die Wogenkämme. Jetzt ist es weg. Sin-nestäuschung! Da - dort - wieder Licht. Wie es tastet, sucht! Neben mir, vor mir, ganz vorn! Träume ich? Wen suchst du? - - Ich kann nicht schreien. Das Wasser klatscht mir ins Gesicht und gurgelt den letzten Fluch in die Tiefe. Ich will winken. Die Arme sind steif ums Holz geklammert. Das Licht ist weg! Ein Wellental, der letzte Hoffnungsschimmer ist erloschen! Da - - jetzt bin ich mitten drin in diesem wärmenden Weiss einer fernen Sonne. Das ist das Leben! Es blendet. Ich schliesse die Augen, öffne sie wieder. Das Licht ist noch da. Eine Sirene - - Rufe! Ich sacke weg!

+ + +
Ein Tender hat uns aufgefischt. Den toten Kameraden und mich. Das ist alles, was vom Eimer übrig geblieben ist, was wir mit heimbringen vom ersten grossen Fischzuge nach dem Kriege. Der Reeder wird klotzen, wenn wir so nackt nach Hause kommen! - -

Die See ist ruhig. Ich höre den Wind über die Wellen hinweg singen. Wenn wir einlaufen, warten Lazarett - und Leichenwagen an der Pier, Galakutschen heimkehrender Seeleute. Nun ja, so ist das Leben! Kranken- oder Totenschein - es sind die Endresultate!

"Hei ho, Kamerad, wir steuern die Küste an!" - - -

S.Richards.

SPD. Ein Buddha aus Smaragd.^x Ein Wiener Geschäftsmann hat von einem Mis-sionär für 1500 Schilling (900 Mark) einen echten mandschurischen Buddha er-standen. Professor Michalek hat festgestellt, dass die Figur aus einem echten Smaragd von 1740 Karat Gewicht geschnitten ist, dessen Wert kaum abzuschätzen ist.

Ortshygiene als Wissenschaft.^x

SPD. Die kleinen Dinge machen uns meistens die grössten Sorgen, und Nebensächlichkeiten des Alltags geben uns die schwierigsten Probleme auf. Das Unnütze wirft man fort. Aber wenn alle ständig etwas fortwerfen, wo bleibt es dann schliesslich liegen? Wenn wir Wasser brauchen, so drehen wir den Hahn auf. Und wenn ein heisser Tag kommt und ein Run auf die Wasserleitungen erfolgt, dann fliesst das Wasser doch unvermindert, und wir fragen nicht viel danach, woher es kommt, sondern schütten es verschmutzt wieder weg, ohne uns darum zu kümmern, wohin es fliesst. Auch unsern Schornstein lassen wir ruhig rauchen und werden höchstens einmal nachdenklich, wenn uns der böse Nachbar seinen Russ fingerdick herüberschickt. Aber es gibt Leute, die nehmen diese Dinge nicht so selbstverständlich hin wie wir, sondern sehr ernst. Das sind fünfzig Wissenschaftler in dem berliner Vorort Dahlem, die in der Preussischen Landesanstalt für Wasser-, Boden und Lufthygiene an der Lösung dieser schwierigen Probleme arbeiten. Sie sind es, die alle Mittel ersinnen, dass wir reine Luft atmen und reines Wasser trinken, dass Müll und Abwässer verschwinden, Rauch und Staub und Ratten und Mäuse und Wanzen und Flöhe und all das liebe Ge-tier. Wissenschaft mit einem sehr nüchternen und sehr praktischen Zweck.

Es ist jetzt gerade dreissig Jahre her, dass dieses Institut aus Notwendigkeiten der Praxis gegründet wurde. Das Zunehmen der zentralen Wasserversorgungen der damals schnell aufblühenden Städte und die immer schwierigere Frage, wohin man die Abwässer der rasch anwachsenden Industrie leiten sollte, gaben dazu den ersten Anstoss. Bald zog man den Interessenkreis weiter und widmete sich ausser der Wasserhygiene auch noch der Boden- und Lufthygiene, sodass sich die Zahl der anfänglich sechs wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts bis auf fünfzig erhöhte, zu denen neute noch fünfzig Leute Hilfs- und Büroper-sonal kommen.

Was wird hier nun alles gemacht?

Die Landesanstalt ist weit über den Bereich Preussens hinaus die grosse Ratgeberin für Städte, Kommunen und die Industrie. Ueber zweitausend Gemeinden haben ihre gutachtliche Tätigkeit in Anspruch genommen, und die Zahl der zur Untersuchung eingehenden Proben beträgt jährlich mehrere tausend.

Hier wird festgestellt, ob das Trinkwasser einwandfrei ist, welche schädlichen Bestandteile es eventuell enthält, und wie diese zu beseitigen sind. Es wird untersucht, ob die Abwässer der Industrie in der gesetzlich vorgeschriebenen Form abgeleitet werden. Stellen sich Unterlassungssünden heraus, dann können die zuständigen Stellen die einzelnen Unternehmen verpflichten, ihre Abwässer in einem regelmässigen Turnus von der Landesanstalt untersuchen zu lassen.

Auch über die Wasserversorgung Berlins und der Grosstädte wird hier nachgegrübelt, denn sie macht den Fachleuten durch den zunehmend steigenden Verbrauch auch gewisse Sorgen. Durch die erhöhte Wasserinanspruchnahme sinkt der Grundwasserspiegel mehr und mehr, und man muss wohl oder übel wieder auf das Oberflächenwasser zurückgreifen, das allerdings erst besonders behandelt wird. Bereits heute wird ein Teil des Berliner Wassers aus dem Müggelsee gepumpt, und ein weiterschauendes Projekt geht sogar so weit, den Berlinern Oderwasser, das man in den Müggelsee pumpen will, zu trinken zu geben. Dazu ist freilich zu bemerken, dass man heute in der Lage ist, aus jedem Oberflächenwasser ein absolut brauchbares und hygienisch einwandfreies Trinkwasser herzustellen.

Auch die Abwässerfrage ist in den deutschen Städten meist gut gelöst. Vor dem Kriege war Deutschland auf diesem Gebiete das "Mekka der Fachleute". Hier kehrt man, ein ewiger Zirkel, wieder immer mehr zur Natur zurück und kopiert sie. Das modernste, sogenannte "Belebt-Schlamm-Verfahren" reinigt die Abwässer auf biologischem Wege genau so wie die Natur in den sich durch die Wasserbewegung belüftenden Strömen und Seen. In Abwasserschlamm wird Pressluft gepumpt,

wodurch die Fauna und Flora entsteht, die den natürlichen Reinigungsdienst versieht. Die grösste derartige Anlage des ganzen Kontinents ist die jetzt in Stahnsdorf erbaute, die die Abwässer des westlichen Berlin verarbeiten wird.

Ueber ihr Müll brauchen sich die Berliner ebenfalls nur verhältnismässig wenige Sorgen zu machen, da ringsum Oedland genug zur Auffüllung vorhanden ist. So braucht man wenige Verbrennungsanlagen. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, so wüssten die Leute in der Landesanstalt dennoch Rat. Man ist heute so weit, Müll ohne Schwierigkeiten verbrennen zu können, und macht obendrein noch Pflastersteine und Schwellen daraus.

Auch den Rauch und den Staub in der Luft und die Abgase messen diese Leute. Aber damit erschöpft sich ihre Tätigkeit noch nicht. Auf Ratten, Mäuse, Flieger, Mücken, Wanzen, Schaben, Flöhe und das ganze Heer der Wohnungsschädlinge hat man gleichfalls ein sorgsames Auge.

Da fragt ein Badeort verzweifelt an, wie er sich seiner Stechmücken erwehren solle. Ein Gutachter reist dorthin, studiert und findet, dass beispielsweise in diesem Falle die Plage von einer einzigen Art Stechmücke stammt, die die Eigentümlichkeit hat, ihre Eier nur in die kleine Wassermengen enthaltenden Baumhöhlen zu legen. Man erteilt den Rat, in einem bestimmten Umkreis alle Baumhöhlen auszuzementieren. Das geschieht, und schon ist hier keine Stechmücke mehr zu finden.

"Und was halten Sie von den Berliner Wanzen?"

"Das ist ein düsteres Kapitel. Berlin ist geradezu fabelhaft verwanzt. Aber da den Leuten verwanzte Wohnungen immer noch lieber sind als gar keine, so wird sich da in absehbarer Zeit wohl nicht viel ändern. Ausserdem sind Ratten und Mäuse viel leichter zu vertreiben als Wanzen. Natürlich wäre das auch zu machen. Es müsste jeweils in ganzen Vierteln und Häuserblocks geschehen. Leider scheitert es daran, woran heute fast alles scheitert: an der Geldfrage. Die Städte sagen, das ist Sache des Hausbesitzers; die Hausbesitzer sagen, es ist Sache der Mieter, und die Mieter sagen, die Wanzen gehören dem Hausherrn; er soll also die Jagd finanzieren."

Unser Leben ist nicht so einfach, und in je grösseren Städten wir zusammenwohnen, desto schwieriger werden die Fragen und Probleme, die sich gerade aus den Nebensächlichkeiten und Kleinigkeiten ergeben. Wie Vieles da zu studieren und zu überlegen ist, an das wir gemeinhin garnicht denken, das zeigt schon dieser flüchtige Blick in diese betriebsame Landesanstalt.

Mario Mohr.

Zusammenstoss!^x

SPD. Langsam fährt der Strassenbahnwagen dem Tunnel zu, der die unterirdische Verbindung der beiden Hauptstrassen darstellt. Mit losen Bremsen gleitet der schwere Wagen die Rampe hinab, bis nach dem roten "H" der Betriebshaltestelle. Dann steht er. Der Fahrer zieht die Handbremse fest und wartet, auf die Kurbel gelehnt, auf das Erscheinen des entgegen kommenden Wagens, der zuerst den Tunnel passiert haben muss. Die Fahrgäste lesen Zeitungen; auf der hinteren Plattform unterhält sich der Schaffner mit einem Mann; ein eiliger Fahrgast trommelt nervös mit den Fingern gegen die Scheibe.

Der Fahrer steht erwartungsvoll vorn auf dem Führerstand und sieht aus trüben Augen vor sich hin. Seine Hand, die an der Holzkurbel des Stromschalters liegt, zittert leicht. Eine kaum beherrschte Unruhe ist in dem Manne. Er gibt sich alle Mühe, sie zu überwinden, doch es gelingt ihm nur zum geringen Teil.

Gestern hat er einen Zusammenstoss gehabt, und seitdem ist er so vollständig aus dem Gleichgewicht geraten. Gewiss - er ist sich keiner Schuld bewusst - nein, nein, er war vollständig unschuldig daran - konnte er denn etwas dafür, dass das kleine Lieferauto, das plötzlich aus der Nebenstrasse

herausschoss, noch vor der Strassenbahn die Schienen überqueren wollte? - Auf keinen Fall war er mitschuldig. Er hatte getan, was er nur tun konnte. Hatte die elektrische Bremse betätigt, den Sandstreuer aufgerissen, die Handbremse festgeknallt, dass der Wagen fast aus den Schienen gesprungen wäre... Wenn der Zusammenprall trotzdem mit so unabwendbarer Heftigkeit erfolgte, dann war nur der Schofför des Autos schuld, nur der allein! Er, der Fahrer, konnte froh sein, dass ihm selbst nichts passiert war. Nur die Vorderwand des Wagens war etwas eingebault worden. Es war ja auch nur ein kleines Lieferauto, und es flog nach dem Zusammenprall wie ein Spielzeug über die Strasse. Ueberschlug sich drei-, viermal und blieb endlich umgestürzt an der Bordschwelle liegen. Das war es ja auch nicht gewesen, was den Fahrer so erschüttert hatte - du lieber Himmel, Zusammenstösse kamen bei dem riesenhaften Grosstadtverkehr öfter mal vor, und wenn man seit über zwanzig Jahren Strassenbahnwagenführer war, dann nahm man dergleichen nicht mehr so tragisch. Die Hauptsache war, dass man Zeugen hatte, die bestätigten, dass man selbst keine Schuld an dem Zusammenstoss trug; dann passierte einem auch nichts.

Aber gestern, das war etwas anderes gewesen. Nicht der Krach und der Zusammenstoss waren ihm derartig an die Nerven gegangen. Das Schreien des Schofförs, den man aus dem umgestürzten Auto gezogen und blutend in einen Hausflur getragen hatte, war es, was ihm noch jetzt in den Ohren klang.

Hatte der Mensch geschrien! - Er war noch jung, mochte höchstens vierundzwanzig bis fünfundzwanzig Jahre alt sein, und er schrie - - hilflos wie ein Kind und mit langgezogener Stimme, dass die Leute, die ihn trugen, blass wurden und die Zähne zusammenbissen. Der Wagenführer musste dann ja bald weiter fahren, aber das Schreien ging und ging ihm nicht aus den Ohren. Abends las er in der Zeitung, dass der Schofför ausser Fleischwunden noch einige Rippenbrüche erlitten hatte. Sein Zustand wurde als ernst, jedoch nicht lebensgefährlich bezeichnet.

Soweit war alles gut. Er hatte Zeugen, die seine Schuldlosigkeit bewiesen; der junge Mensch würde wieder gesund werden, und.....

Ja, würde denn der junge Mensch bestimmt wieder gesund werden? Wer sagte denn, dass er wirklich wieder hergestellt würde?! Die Ärzte! - Ach, die Ärzte waren auch nicht unfehlbar und konnten sich leicht irren. Und dann die Zeitung - war denn Verlass darauf, dass es stimmte, wenn zu lesen stand, dass der Verunglückte wieder gesund werden sollte? Vielleicht war es garnicht wahr. Vielleicht stand schon heute im Abendblatt eine kurze Notiz: "Der gestern bei einem Zusammenstoss seines Autos mit einem Strassenbahnwagen verunglückte Schofför X. ist im Städtischen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen." - Was dann? Dann hatte er ein Menschenleben auf dem Gewissen! Was nutzte es, wenn er sich zehnmal, hundertmal sagte, dass er ja keine Schuld hatte, dass jener selbst den Zusammenstoss verursacht hatte! Niemals würde er das Schreien und das blutbeschmierte Gesicht des jungen Menschen vergessen. Vielleicht war er jung verheiratet, und seine Frau sass nun zu Hause und wusste vor Verzweiflung nicht ein und aus! -

Der Strassenbahnwagenführer holt mit zitternden Lippen tief Luft. Die Vorstellung, dass der Schofför tot sei, hat sich wie eine fixe Idee in seinem Hirn eingenistet. Und er selbst - - - ? Gewiss - die Zeugen - - aber er ist ja nicht mehr der Jüngste, und die Direktion vermeidet es nach Möglichkeit, Fahrer, denen so etwas zugestossen ist, im Aussendienst zu beschäftigen. Schliesslich wird man ihn gar unter irgendeinem Vorwand pensionieren - - und was bekommt er denn monatlich Pension? Knapp so viel, dass es zum Leben reicht - - und sein Junge sitzt auch schon seit Monaten, seitdem er ausgelernt hat, ohne Arbeit zu Hause. Was dann? Was sollen sie dann machen? - -

Wenn ihm nur heute nichts passiert! Er ist so aufgeregt, dass schon ein paar Mal nicht viel gefehlt hat, und es hätte einen Zusammenstoss gegeben. Wenn er nur heute gut davorkommt! Er weiss genau: Wenn ihm heute jemand vor den Wagen kommt, dann werden, dann müssen seine Nerven versagen. Er wird nicht mehr

Imstande sein, alles Nötige zu tun - - bremsen - Sand streuen - Fangvorrichtung auslösen - - Wenn nur die zwei Runden, die er noch zu fahren hat, erst vorbei sind! Er spricht mechanisch vor sich hin: "Bremsen - Sand streuen - - Bremsen - Sand streuen."

Der Gegenwagen kommt aus dem Tunnel. Der Fahrer gibt Strom und fährt in den dunklen Schacht hinein. In weiten Abständen brennen trübe elektrische Lampen. Ein Weilchen später wird es hell. Er schaltet weiter, und langsam fährt der Wagen die Böschung hinauf. An der Endhaltestelle steigt er schwerfällig von der Plattform und geht in die öffentliche Fernsprechkabine. Er lässt sich mit dem Krankenhaus verbinden und erkundigt sich nach dem Befinden des gestern eingelieferten Schofförs. Wie eine Ewigkeit erscheint ihm die Zeit, bis er Auskunft bekommt. Aber dann..... Eine Schwesternstimme antwortet: "O, es ist nicht so schlimm, wie es anfänglich aussah! Es geht ihm schon ein bisschen besser. In der Hauptsache war es wohl der Schreck, der ihn so mitgenommen hat. In vier Wochen läuft er wieder munter herum!"

Der Mann hängt den Hörer an. "Der Schreck - ja, so, der Schreck war das Schlimmste....." - Er atmet tief auf. Eine Last ist ihm vom Herzen genommen. Ja, die Schwester hat recht, der Schreck ist wohl immer das Schlimmste - alles andere nachher ist nur halb so schlimm! - Ordentlich froh ist er, als er wieder nach seinem Wagen zurückgeht.

Eine Stunde später hält er wieder vor dem Tunnel. Die Sonne scheint; auf der Böschung rechts und links von der steinernen Rampe blühen kleine, bunte Asters. Der Fahrer denkt: "Wie schön das aussieht, all die bunten Blumen - dass ich das vorhin nicht schon gesehen habe...." - Dann spinnt sich ein anderer Gedanke dazwischen: ".....in vier Wochen läuft er wieder munter herum...."

Er lächelt zufrieden und beruhigt vor sich hin. "Ach ja", denkt er, "der Schreck ist immer das Schlimmste - aber es wird schon alles gut werden....." Und während der Gegenwagen heranklingelt, schaltet er auf Fahrt, und langsam rollt der Wagen in den Tunnel.

Walter Schirmeier

Markttag in Ypern.^x

SPD. Nun bin ich wieder die gleiche Strasse gewandert, über die wir einst in den dunklen Nächten schritten, in Reihen zu zweien; quer vor der Brust hingen uns Gewehr und Patronengürtel, die den Nacken wund scheuerten und den Atem verklemmten. Damals leuchte am Horizont düsterrot der Scheiterhaufen der Front. Das Grollen des Völkerhasses brach nie ab in unsern Ohren und liess die Gespräche in der Korporalschaft bald verstummen.

Denkst du noch daran, Kam'rad, der du jetzt an der Strasse Morslede-Ypern sicher besser schläfst als früher je beim Fourageunteroffizier im Heu? Und war das doch schon der Wollust wollüstigste, damals, als wir noch auf dieser Strasse über Stacheldraht und glitschige Baumstämme vorwärts stolperten! In die Nächte des Grauens.

"Achtung! Granatloch! Weitersagen! Mensch, tu die Zigarette weg!" -

In Ypern ist Markttag - du lachst, Kam'rad? Es ist so! Ja, und deinen Appelzinenorden - denn du warst ein braver Sachse aus Crimitschau und ohne jeden Sinn fürs Heroische - deinen Appelzinenorden mit dem empörend gelben Bande, dem du nicht entgehen konntest, als wir beide die Patrouille am Wegekreuz von Brodseinde machten, - o, deinen schönen gelben Appelzinenorden habe ich hier im "Museum of War" wiedergefunden, neben verbogenen und verrosteten Seitengewehren, zerfetzten und verwitterten Gasmasken, Feldtelefonen, Achselstücken, Koppelschlössern, die ein geschwätziger Belgier in leidenschaftslosem schlechtem Französisch in einem Keller zeigt.

herausschoss, noch vor der Strassenbahn die Schienen überqueren wollte? - Auf keinen Fall war er mitschuldig. Er hatte getan, was er nur tun konnte. Hatte die elektrische Bremse betätigt, den Sandstreuer aufgerissen, die Handbremse festgeknallt, dass der Wagen fast aus den Schienen gesprungen wäre... Wenn der Zusammenprall trotzdem mit so unabwendbarer Heftigkeit erfolgte, dann war nur der Schofför des Autos schuld, nur der allein! Er, der Fahrer, konnte froh sein, dass ihm selbst nichts passiert war. Nur die Vorderwand des Wagens war etwas eingebault worden. Es war ja auch nur ein kleines Lieferauto, und es flog nach dem Zusammenprall wie ein Spielzeug über die Strasse. Ueberschlug sich drei-, viermal und blieb endlich umgestürzt an der Bordschwelle liegen. Das war es ja auch nicht gewesen, was den Fahrer so erschüttert hatte - du lieber Himmel, Zusammenstösse kamen bei dem riesenhaften Grosstadtverkehr öfter mal vor, und wenn man seit über zwanzig Jahren Strassenbahnwagenführer war, dann nahm man dergleichen nicht mehr so tragisch. Die Hauptsache war, dass man Zeugen hatte, die bestätigten, dass man selbst keine Schuld an dem Zusammenstoss trug; dann passierte einem auch nichts.

Aber gestern, das war etwas anderes gewesen. Nicht der Krach und der Zusammenstoss waren ihm derartig an die Nerven gegangen. Das Schreien des Schofförs, den man aus dem umgestürzten Auto gezogen und blutend in einen Hausflur getragen hatte, war es, was ihm noch jetzt in den Ohren klang.

Hatte der Mensch geschrien! - Er war noch jung, mochte höchstens vierundzwanzig bis fünfundzwanzig Jahre alt sein, und er schrie - - hilflos wie ein Kind und mit langgezogener Stimme, dass die Leute, die ihn trugen, blass wurden und die Zähne zusammenbissen. Der Wagenführer musste dann ja bald weiter fahren, aber das Schreien ging und ging ihm nicht aus den Ohren. Abends las er in der Zeitung, dass der Schofför ausser Fleischwunden noch einige Rippenbrüche erlitten hatte. Sein Zustand wurde als ernst, jedoch nicht lebensgefährlich bezeichnet.

Soweit war alles gut. Er hatte Zeugen, die seine Schuldlosigkeit bewiesen; der junge Mensch würde wieder gesund werden, und.....

Ja, würde denn der junge Mensch bestimmt wieder gesund werden? Wer sagte denn, dass er wirklich wieder hergestellt würde?! Die Ärzte! - Ach, die Ärzte waren auch nicht unfehlbar und konnten sich leicht irren. Und dann die Zeitung - war denn Verlass darauf, dass es stimmte, wenn zu lesen stand, dass der Verunglückte wieder gesund werden sollte? Vielleicht war es garnicht wahr. Vielleicht stand schon heute im Abendblatt eine kurze Notiz: "Der gestern bei einem Zusammenstoss seines Autos mit einem Strassenbahnwagen verunglückte Schofför X. ist im Städtischen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen." - Was dann? Dann hatte er ein Menschenleben auf dem Gewissen! Was nutzte es, wenn er sich zehnmal, hundertmal sagte, dass er ja keine Schuld hatte, dass jener selbst den Zusammenstoss verursacht hatte! Niemals würde er das Schreien und das blutbeschmierte Gesicht des jungen Menschen vergessen. Vielleicht war er jung verheiratet, und seine Frau sass nun zu Hause und wusste vor Verzweiflung nicht ein und aus! -

Der Strassenbahnwagenführer holt mit zitternden Lippen tief Luft. Die Vorstellung, dass der Schofför tot sei, hat sich wie eine fixe Idee in seinem Hirn eingenistet. Und er selbst - - - ? Gewiss - die Zeugen - - aber er ist ja nicht mehr der Jüngste, und die Direktion vermeidet es nach Möglichkeit, Fahrer, denen so etwas zugestossen ist, im Aussendienst zu beschäftigen. Schliesslich wird man ihn gar unter irgendeinem Vorwand pensionieren - - und was bekommt er denn monatlich Pension? Knapp so viel, dass es zum Leben reicht - - und sein Junge sitzt auch schon seit Monaten, seitdem er ausgelernt hat, ohne Arbeit zu Hause. Was dann? Was sollen sie dann machen? - -

Wenn ihm nur heute nichts passiert! Er ist so aufgereggt, dass schon ein paar Mal nicht viel gefehlt hat, und es hätte einen Zusammenstoss gegeben. Wenn er nur heute gut davorkommt! Er weiss genau: Wenn ihm heute jemand vor den Wagen kommt, dann werden, dann müssen seine Nerven versagen. Er wird nicht mehr

imstande sein, alles Nötige zu tun - - bremsen - Sand streuen - Fangvorrichtung auslösen - - Wenn nur die zwei Kunden, die er noch zu fahren hat, erst vorbei sind! Er spricht mechanisch vor sich hin: "Bremsen - Sand streuen - - Bremsen - Sand streuen."

Der Gegenwagen kommt aus dem Tunnel. Der Fahrer gibt Strom und fährt in den dunklen Schacht hinein. In weiten Abständen brennen trübe elektrische Lampen. Ein Weilchen später wird es hell. Er schaltet weiter, und langsam fährt der Wagen die Böschung hinauf. An der Endhaltestelle steigt er schwerfällig von der Plattform und geht in die öffentliche Fernsprechkabine. Er lässt sich mit dem Krankenhaus verbinden und erkundigt sich nach dem Befinden des gestern eingelieferten Schofförs. Wie eine Ewigkeit erscheint ihm die Zeit, bis er Auskunft bekommt. Aber dann..... Eine Schwesternstimme antwortet: "O, es ist nicht so schlimm, wie es anfänglich aussah! Es geht ihm schon ein bisschen besser. In der Hauptsache war es wohl der Schreck, der ihn so mitgenommen hat. In vier Wochen läuft er wieder munter herum!"

Der Mann hängt den Hörer an. "Der Schreck - ja, so, der Schreck war das Schlimmste....." - Er atmet tief auf. Eine Last ist ihm vom Herzen genommen. Ja, die Schwester hat recht, der Schreck ist wohl immer das Schlimmste - alles andere nachher ist nur halb so schlimm! - Ordentlich froh ist er, als er wieder nach seinem Wagen zurückgeht.

Eine Stunde später hält er wieder vor dem Tunnel. Die Sonne scheint; auf der Böschung rechts und links von der steinernen Rampe blühen kleine, bunte Asters. Der Fahrer denkt: "Wie schön das aussieht, all die bunten Blumen - dass ich das vorhin nicht schon gesehen habe...." - Dann spinnt sich ein anderer Gedanke dazwischen: ".....in vier Wochen läuft er wieder munter herum...."

Er lächelt zufrieden und beruhigt vor sich hin. "Ach ja", denkt er, "der Schreck ist immer das Schlimmste - aber es wird schon alles gut werden....." Und während der Gegenwagen heranklingelt, schaltet er auf Fahrt, und langsam rollt der Wagen in den Tunnel. Walter Schirmeier

Markttag in Ypern.^x

SPD. Nun bin ich wieder die gleiche Strasse gewandert, über die wir einst in den dunklen Nächten schritten, in Reihen zu zweien; quer vor der Brust hingen uns Gewehr und Patronengürtel, die den Nacken wund scheuerten und den Atem verklemmten. Damals lohte am Horizont düsterrot der Scheiterhaufen der Front. Das Grollen des Völkerhasses brach nie ab in unsern Ohren und liess die Gespräche in der Korporalschaft bald verstummen.

Denkst du noch daran, Kam'rad, der du jetzt an der Strasse Morslede-Ypern sicher besser schläfst als früher je beim Fourageunteroffizier im Heu? Und war das doch schon der Wollust wollüstigste, damals, als wir noch auf dieser Strasse über Stacheldraht und glitschige Baumstämme vorwärts stolperten! In die Nächte des Grauens.

"Achtung! Granatloch! Weitersagen! Mensch, tu die Zigarette weg!" -

+ + +

In Ypern ist Markttag - du lachst, Kam'rad? Es ist so! Ja, und deinen Appelzinenorden - denn du warst ein braver Sachse aus Crimitschau und ohne jeden Sinn fürs Heroische - deinen Appelzinenorden mit dem empörend gelben Bande, dem du nicht entgehen konntest, als wir beide die Patrouille am Wegekreuz von Brodseinde machten, - o, deinen schönen gelben Appelzinenorden habe ich hier im "Museum of War" wiedergefunden, neben verbogenen und verrosteten Seitengewehren, zerfetzten und verwitterten Gasmasken, Feldtelefonen, Achselstücken, Koppelschlössern, die ein geschwätziger Belgier in leidenschaftslosem schlechtem Französisch in einem Keller zeigt.